

## Besprechungen

*Wilhelm Treue: Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit. Das Zeitalter der technisch-industriellen Revolution 1700 bis 1966. 2., erw. Aufl. Stuttgart 1966. Verlag Kröner. XV, 821 S.*

Die hier vorliegende zweite Auflage ist vier Jahre nach der ersten erschienen. Der Text ist unverändert geblieben. Die 2. Auflage ist nur um ein Schlußkapitel von 28 Seiten „Die Wirtschaft nach dem 2. Weltkrieg“ erweitert worden, um an die Gegenwart heranzuführen. Nicht „der vorliegende Band“ (!), sondern der Verfasser versucht, wie er auf S. XIV schreibt, „auf sehr knappem Raum eine kaum noch überschaubare Menge von Tatsachen, Ereignissen, Prozessen sowie von Gedanken und ihren Verwirklichungen, von Anstrengungen und Erfolgen, von ‚Fortschritt‘ und ‚Rückschritt‘ und auch von sozialen Veränderungen so darzustellen, daß die Geschichte sowohl in Einzelheiten als auch in ihren Zusammenhängen deutlich wird, daß Schwerpunkte, Kräfte, Richtungsänderungen, kurz: Evolutionen und Revolutionen hervortreten“. Der gebrachte Stoff wird chronologisch in vier Abschnitte eingeteilt: „Das 18. Jahrhundert“, „Zwischen der französischen Revolution und dem 19. Jahrhundert“, „Das 19. Jahrhundert“ sowie „Das 20. Jahrhundert“. Der Verfasser versucht nicht, in jedem dieser Abschnitte eine Gesamtschau des wirtschaftlichen und sozialen Geschehens zu geben, sondern behandelt jeweils die Entwicklung einer Anzahl von Ländern. Er geht also weder den Weg, den *Kulischer* in seiner „Allgemeinen Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit“ gegangen ist, noch den *Haussherr* in seiner „Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit“ beschritten hat, wobei sich übrigens auch der letztgenannte Autor nicht auf die Neuzeit beschränkt. Man kann durchaus verschiedener Meinung darüber sein, welcher Weg der zweckmäßigere ist. Treue beschränkt sich auf diejenigen Völker und Staaten, „bei denen es im 18., 19. oder 20. Jahrhundert charakteristische oder in die Zukunft weisende Vorgänge und Ereignisse festzuhalten gilt“ (S. XIV). Daher behandelt er im 1., 3. und 4. Abschnitt England, Frankreich, Deutschland, Rußland bzw. die Sowjetunion. Nur im 1. Abschnitt geht er auf Österreich, Dänemark und die Niederlande ein. Im 3. und 4. Abschnitt erscheinen die USA und Japan. Im 4. Abschnitt wird auch auf Lateinamerika eingegangen. Die Darstellung der einzelnen Länder ist sowohl quantitativ als auch qualitativ unterschiedlich. Am ausführlichsten werden im 18. und 19. Jahrhundert England und Frankreich behandelt.

Die Einführung zum 1. Teil ist recht gut; in großen Strichen wird im allgemeinen das Wesentliche hervorgehoben. Treue weist S. 153

darauf hin, daß man in Frankreich drei zeitlich voneinander getrennte Perioden des Merkantilismus unterscheiden kann, wobei es sich bei der dritten Periode um den auch in anderen Ländern anzutreffenden „Neomerkantilismus“ handelt. In den Ausführungen über Deutschland wird vorwiegend auf Preußen eingegangen. Die wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Mittel- und Kleinstaaten wird nur insofern kurz gestreift, soweit sie Typisches oder Ungewöhnliches zeigt.

Im 2. Abschnitt werden u. a. die Kontinentalsperre, weltwirtschaftliche Besitzveränderungen und das Ergebnis der Übergangszeit erwähnt; sodann folgen Ausführungen über die Industrialisierung in England und auf dem Kontinent. Vom Standpunkt einer wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Betrachtung wird man den beiden Sätzen auf S. 372 zustimmen können: „Zur Erfassung der technisch-wirtschaftlichen Ereignisse des 19. Jahrhunderts und für ihre richtige Einordnung in die Gesellschaftsgeschichte ist es nicht so wichtig, die Erfindungen und Entwicklungen bis zur kleinsten Einzelheit aufzuzählen und ihre Auswirkungen auf Produktion, Preise und Konsum bis zur letzten Dezimale zu berechnen und zu vergleichen, als vielmehr ihre grundsätzlichen Ursachen und Wirkungen zu betrachten. Häufig ist es sogar ergiebiger, die ‚Vorgeschichte‘ der bedeutungsvollsten Ereignisse sorgfältig zu beleuchten, als ihre Auswirkungen bis zum Vorabend des ersten Weltkrieges zu verfolgen.“

Im 3. Abschnitt heißt eine Überschrift: „Die Vereinigten Staaten von Nordamerika“, im Text spricht der Verfasser dagegen richtig von den USA bzw. Vereinigten Staaten von Amerika.

Die in der neuen Auflage hinzugefügten Ausführungen über „Die Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg“ sind, so erfreulich die zeitliche Weiterführung des Buches ist, doch recht dürftig; sie umfassen nur knapp 27 Seiten. Hier hätte der Leser mehr erwartet.

Das Buch liest sich unterschiedlich; teilweise ist es flott und klar geschrieben, teilweise weist es erhebliche Schachtelsätze auf (vgl. z. B. S. 322, 364, 410 und 775). Treue bringt keine abweichenden Meinungen anderer Autoren, desgleichen Quellenhinweise, was der Leser gelegentlich schmerzlich vermißt; wohl enthält der Anhang ein umfangreiches Literaturverzeichnis. Dieses ist gegenüber der ersten Auflage um 221 Hinweise, vorwiegend Erscheinungen aus den letzten Jahren, erweitert worden. Kann man beim Handelsvertrag zwischen Friedrich II. und den USA wirklich schon von „Meistbegünstigung“ sprechen (S. 200)? S. 431 hätte die „Moral and Health Act“ genannt werden sollen. Friedrich *Engels* hat sein Buch bewußt nicht „Die Lage der arbeitenden Klassen . . .“, sondern „Klasse“ genannt (S. 431). Die Angaben von 33 % auf S. 513 und 8,8 % auf S. 677 Mitte sind falsch. Man kann nicht sagen, daß Lloyd George ein „heftiger Gegner des Liberalismus“ war (S. 437), war er doch Mitglied der liberalen Partei. Auf S. VI wurde versehentlich die letzte Zeile von S. V noch einmal übernommen (vgl. 1. Aufl.).

Die kritischen Bemerkungen dieser Besprechung sollen den Wert des Buches nicht mindern; wir können dankbar sein, eine preiswerte, ansprechend geschriebene Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit erhalten zu haben, die dem Leser viel Material und manche interessante Bemerkung bringt. Ein umfangreiches Personen- und Sachregister erleichtert ihm die Benutzung des Werkes.

Bruno Schultz, Berlin

*Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.): *Moderne Deutsche Sozialgeschichte*. Köln, Berlin 1966. Kiepenheuer & Witsch. 585 S.

Dieses Buch ist eines der ersten in Deutschland, dessen Titel die Bezeichnung Sozialgeschichte ohne Verbindung mit der Wirtschaftsgeschichte, ohne Einengung auf ein Spezialthema trägt. Dabei handelt es sich nicht um das Werk eines Verfassers, sondern um eine Chrestomathie. Es ist ein Gegenstück zum amerikanischen Reader und vereinigt wissenschaftliche Aufsätze und Auszüge aus Büchern, die überwiegend überarbeitet sind. Zwei Beiträge stammen von 1928 und 1932, die restlichen sind seit 1948 erschienen. Warum ostdeutsche Autoren nicht berücksichtigt wurden, hätte erläutert werden können, besser noch, es wäre geschehen. Auch beeinträchtigt es die Mannigfaltigkeit, daß verschiedene Autoren mehrmals vertreten sind. Neben 19 Nachdrucken findet man außer der Einleitung einen Vorabdruck und den Erstdruck eines schönen Essays von Werner Conze, der darstellt, daß Sozialgeschichte nicht minder als die Geschichte der Ereignisse und Entscheidungen politische Geschichte sei.

Sämtliche Texte des Studienbuches behandeln das 19. Jahrhundert. Wehler rechtfertigt das mit dem Hinweis, wir seien über die mittelalterliche Sozialgeschichte noch immer besser informiert als über die Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts. Wenn das zutrifft, liegt das doch wohl daran, daß die neuzeitliche Sozialgeschichte vielfältiger und verwickelter ist. Darum vermittelt sie in ihr eine Fülle von Wissen noch nicht die Kenntnis wie im Mittelalter sparsamere Beobachtungen. Entscheidend ist doch, daß im 19. Jahrhundert die Diskrepanz von Geschichtserfahrung und Heilserfüllung soziale Form annahm und dadurch in die politische Wirklichkeit eingeführt wurde, während sie zuvor — vom Mittelalter bis ins 18. Jahrhundert — in der Heilserwartung, in Theologie, Philosophie und geduldiger Wissenschaft aufgehoben war. Hier liegt wohl auch der Ansatzpunkt dafür, daß Wehler Beiträge bevorzugt hat, die den moralischen Beruf der Sozialgeschichte bezeugen und sie in einem kritischen Spiegel einfangen sollen. Er begegnet damit dem kritischen Bewußtsein vieler Studenten; und diese haben den Band inzwischen schon akzeptiert. Es wäre müßig, über seinen Nutzen zu debattieren, den er bereits bewiesen hat. Mag man auch etliche Themen und Autoren vermissen: Das Buch ist gut gearbeitet und interessant, und es verdient einigen Erfolg.

Wehlers Glauben an die politisch-pädagogische Mission der Sozialgeschichte mag ich freilich nur in erster Instanz gelten lassen. Der

moralisch-kritische Aspekt ist als individueller Ansatz statthaft und fruchtbar. Ihn verbindlich zu machen, ergibt wohl nur die Kehrseite des staatsfrommen Quietismus der alten politischen Geschichtsschreibung, gegen den Wehler sich richtet. Gleichgültig, ob dies nun ein wirklicher Gegner oder eine Zielscheibe ist, scheint mir, daß der Reichtum der Sozialgeschichte sich dem platonisch-moralischen Geist verschließt, wenn er nicht die sophistische und künstlerische Kraft, die Widersprüche gestaltend zu ertragen, zu Hilfe rufen darf. Es ist eine leidige Pflicht der Sozialgeschichte, Programme nachzuvollziehen, wenn sie nicht Entwicklung in der Auseinandersetzung zeigt, an der Fromme und Entbundene gleichermaßen teilnehmen. Wo in der Wirklichkeit Tragödien und Komödien stattfanden, genügt das Lehrstück nicht, wenigstens nicht allein. Wenn Wehlers Vorgehen Schule macht und sich eine Sozialgeschichte ohne die geläufige Verbindung mit der Wirtschaftsgeschichte als Fach für sich konstituiert, wird man auch nicht umhinkommen, ihr Verhältnis zur alten Kulturgeschichte zu bestimmen, von der heute wenig, in diesem Buch gar nicht geredet wird. Die Distanz zwischen ihnen läßt sich ohne Subjektivität schwerlich ermitteln, die gefundene Distanz wird aber den Standpunkt der Sozialgeschichte unzweideutiger fixieren.

Rolf Engelsing, Berlin

*Heinrich Volkmann: Die Arbeiterfrage im preußischen Abgeordnetenhaus 1848—1869. Berlin 1968. Duncker & Humblot. 218 S.*

Das Buch beschäftigt sich auf Grund einer sehr breiten Auswertung u. a. der Drucksachen und Stenographischen Berichte über die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses mit einem wesentlichen Teile der sozialen Frage, mit der „industriellen Arbeiterfrage“ (S. 9), nicht mit den Problemen des gewerblichen Mittelstandes oder der Landarbeiter, und selbstverständlich wird dabei berücksichtigt, daß die Grenze zwischen Handwerkern und Fabrikarbeitern nicht scharf zu ziehen war. In einzelnen Abschnitten werden behandelt die Jahre der Revolution, der Neuen Ära und des Konflikts; abgeschlossen wird mit der Gewerbeordnung von 1869, also mit dem Jahre, in dem u. a. Koalitions- sowie Vereinsfreiheit erlangt waren und in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet wurde. Dabei geht es dem Verfasser weniger um die einschlägigen und bekannten Verordnungen und Gesetze selbst — etwa um die Verordnung vom 9. 2. 1849 betr. Gewerberäte und Abänderungen der Allgemeinen Gewerbeordnung, um das Kinderschutzgesetz von 1853 oder die Armenrechtsnovelle von 1855 —, sondern um die bisher kaum bekannten Verhandlungen der Parteien bzw. Fraktionen und um die Motive, die die allerdings nur wenigen Abgeordneten zu ihrer sozialpolitischen Aktivität bewogen haben. Viele interessante Aufschlüsse geben Anlaß, manche herkömmliche Beurteilung zu revidieren, z. B. die über Bischof Ketteler (S. 107), und deutlich wird, daß der Reformwille 1848 zwar erwacht war, in der folgenden Zeit jedoch wieder erschlaffte. Wenn während der hier

untersuchten zwei Jahrzehnte nur wenig zur Lösung sozialer Probleme beigetragen werden konnte, dann sind dafür u. a. der Liberalismus, die Freikonservativen oder auch Unternehmer verantwortlich zu machen, und vor allem: Außenpolitische Fragen schienen wichtiger zu sein, u. a. die deutsche Einigung. Wesentlich ist auch der Nachweis, daß vieles Charakteristische der Bismarckschen Sozialpolitik in den späteren Jahren bereits jetzt zu erkennen ist, so die Initiative der Regierung, die Versuche, die wirtschaftliche Unsicherheit des Arbeiters zu beheben durch ein verändertes Arbeitsvertragsrecht sowie durch Versicherungen für den Krankheitsfall und für das Alter. Die Notwendigkeit einer gerechten Einordnung des Arbeiters in die Gesellschaft wurde noch nicht gesehen.

Der Verfasser hat ganz wesentlich dazu beigetragen, die bisherige Lücke in der sozialgeschichtlichen Forschung zwischen „dem Regulativ von 1839 und der Bismarckschen Sozialgesetzgebung“ (S. 12) auszufüllen.

Eberhard Schmieder, Berlin

*Volkmar Groppe*: Der Einfluß der Agrarreformen des beginnenden 19. Jahrhunderts in Ostpreußen auf Höhe und Zusammensetzung der preußischen Staatseinkünfte. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 187 S.

Der Verfasser will die Veränderungen auf staatsfinanziellem Gebiet darstellen, welche die großen von Stein und Hardenberg eingeleiteten Reformen hervorgerufen haben. Wenn sich die Darstellung auf Ostpreußen beschränkt, so deswegen, weil die Domänenwirtschaft und die Einnahmen aus den Domänen Ostpreußens für den Haushalt des damaligen Preußischen Staates eine besondere Bedeutung hatten, zumal solange die anderen Provinzen von den Franzosen besetzt waren. Mit großem Fleiß hat der Verfasser die verstreuten aktenmäßigen Unterlagen für seine Forschungen durchgearbeitet und die vorhandene Literatur ausgeschöpft, so daß er eine im Urteil und in den Tatsachen gut fundierte Arbeit vorlegen konnte. Sie bietet einen wichtigen Beitrag zur kritischen Würdigung der Stein-Hardenbergischen Reform und ihrer Durchführung. Dabei zeigt sich, daß die Bauern für ihre neuen Rechte beträchtliche Belastungen auf sich nehmen mußten. Die Agrarreform hat auf diese Weise, abgesehen von einer Übergangsperiode, dem Preußischen Staat keine finanziellen Ausfälle, sondern sogar zusätzliche Einnahmen für die Staatskasse erbracht.

Wilhelm Moritz Frhr. v. Bissing, Berlin

*Gerhard Slawinger*: Die Manufaktur in Kurbayern. Die Anfänge der großgewerblichen Entwicklung in der Übergangsepoche vom Merkantilismus zum Liberalismus 1740—1833. Stuttgart 1966. Gustav Fischer. 359 S.

Der Verfasser zielt darauf hin, im Gebiet Kurbayern die Entstehung der Manufakturen, deren Verbreitung und Verfall aufzu-

decken. Einleitend setzt er sich mit dem Wort Manufaktur auseinander; er weist ihm zwei wesentliche Merkmale zu, die innerbetriebliche Arbeitsteilung und die vorherrschende Handarbeit. Sodann ordnet er die Manufakturen in zwei Gruppen, in die von ihrem Anfang an arbeitsteilig organisierten sogenannten primären Großbetriebe (u. a. Salinen, Bergwerke, Hütten, Münzstätten) und in die späteren des Merkantilismus. Im Teil I seines Buches breitet Slawinger seine Untersuchungsergebnisse zunächst über eine Vielzahl von Manufakturen aus; es folgen die ausführlichen Kapitel über die vielfachen Gründe für die Entstehung neuer Betriebe, über die Produktionsfaktoren (hier geht es um die Unternehmer, die Arbeiter und die Investitionsmittel) sowie über die innen- und außenwirtschaftlichen Gründe für den Verfall der Manufakturen. Zuletzt wird die Bedeutung der Manufaktur in der Gesamtwirtschaft erarbeitet, u. a. also der Übergang zur Industrialisierung.

Auf diese exakten grundsätzlichen Erörterungen folgt die Darstellung der wichtigsten kurbayerischen Produktionszweige, also des Textil-, Leder-, Glas-, Gold- bzw. Silberdraht- und Tabakgewerbes sowie der keramischen Manufakturen. Eine erstaunliche Fülle von Material, z. T. in verschiedenen Übersichten des Anhangs zusammengefaßt, bietet Slawinger auch hier, und abschließend muß besonders dankbar festgestellt werden, daß die Wirtschaftsgeschichte, die sich seit den 50er Jahren intensiver als früher mit dem Merkantilismus bzw. den Manufakturen, mit der Geschichte der Großbetriebe, mit der industriellen Evolution und Revolution beschäftigt, in dem vorliegenden Buch eines ihrer wichtigsten, wenn nicht das bisher wertvollste einschlägige überhaupt erhalten hat, und das gilt, zumal es über nur landesgeschichtliche Probleme noch weit hinausführt. Der Verfasser hat die Forschung ein entscheidendes, ein wesentliches Stück vorangebracht.

Eberhard Schmieder, Berlin

*Edith Schmitz*: Leinengewerbe und Leinenhandel in Nordwestdeutschland (1650—1850). Köln 1967. Selbstverlag d. Rheinisch-westfälischen Wirtschaftsarchivs. 134 S.

Die Gebiete von Minden, Ravensberg, Paderborn, Osnabrück, Tecklenburg, Lingen und Münster entwickelten sich dank des lohnenden Anbaus von Flachs zu einem der drei deutschen Zentren der Produktion von Flachsgarn und Leinwand. Während der Zeit des Merkantilismus gewannen beide Artikel auch im Export ein beachtliches Gewicht. Obwohl hierüber in der Literatur vieles, z. T. aber an nicht leicht zugänglichen Stellen berichtet wird, ist die vorliegende Monographie aber doch sehr willkommen, selbst wenn sie sich nur auf bisherige Veröffentlichungen stützt. Sie behandelt nach einem notwendigen Überblick über die politische Geschichte in diesem nordwestdeutschen Raume und über die Standortbedingungen zunächst „das Leinengewerbe nach dem Dreißigjährigen Kriege“, d. h. also u. a. die herkömmliche Produktion, die Maßnahmen der Gewerbeförderung (z. B. durch

Einrichtung der Leggen, der Schauanstalten) und die technischen Fortschritte, die schließlich zum Niedergange des alten Hausgewerbes und zum Aufbau einer modernen Leinenindustrie führten. Bei der Darstellung des Garn- und Leinenhandels ist vor allem auch der Export berücksichtigt; bezeichnend, daß um 1850, also kurz vor der Industrialisierung, der Leinwandhandel, sofern er über Bremen gegangen war, schon aufgehört hatte.

Der Anhang bringt außer der „Leggeordnung der Grafschaft Ravensberg vom 10. XII. 1678“ u. a. Angaben über Stühle, Arbeiter und Produktionswerte in verschiedenen Standorten bzw. Gebieten. Schließlich noch diese Bemerkung: Dankenswerterweise ist hier eine Ausnahme von der Regel gemacht worden, daß selbst wertvolle Staatsexamensarbeiten — und um eine solche handelt es sich in diesem Falle — auch Interessierten leider unbekannt bzw. unzugänglich bleiben.

Eberhard Schmieder, Berlin

*J. Hanns Pichler: Modellanalyse und Modellkritik. Darstellung und Versuch einer Beurteilung vom Standpunkte der ganzheitlichen Wirtschaftslehre. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 160 S.*

Die Schrift behandelt die interessante Aufgabe, die Gemeinsamkeiten von *Keynes* und *Spann* im Forschungsansatz und in dem Ziel nachzuweisen, eine allgemeine beziehungsweise ganzheitliche Wirtschaftstheorie zu entwickeln. Die dogmengeschichtliche Integration der an die beiden Wissenschaftler anknüpfenden Schulen wird vor allem auf die Überwindung („Ablöse“) der Klassik und der theoretischen Verflechtung des güterwirtschaftlichen und des monetären Denkens basiert sowie mit dem Hinweis gekennzeichnet, daß *Keynes* und *Spann* der „Durchbruch zu einem grundlegenderen, allgemeinen Prinzip der Wirtschaftstheorie“ (S. 26) gelungen sei. Das Verhältnis zwischen *Keynes* und *Spann* wird durch Prioritätsaspekte bestimmt: Mit dem amerikanischen Autor *Desidor Viktor* gelangt Pichler zu der These, „die weitgehende Vorwegnahme *Keynes'* kennzeichnet mit die Aktualität und das bleibend Gültige der Lehre *Spanns*“ (S. 29).

Die Betrachtungen zum Modellbegriff (S. 33-62) stehen nicht unmittelbar in Verbindung zum skizzierten Ziel der Arbeit, wenn sie auch vom Thema formal gedeckt erscheinen. Pichler gelangt in dem methodologischen Abschnitt zu einer bemerkenswerten Konfrontation zwischen Neopositivismus (einschließlich *Poppers* kritischem Rationalismus) und der ganzheitlichen Auffassung, indem das Wahrheits-(Falsifikations-)Kriterium der Positivisten selbst als normative Forderung interpretiert wird (S. 60 f.), deren Rechtfertigung nur im Rahmen einer ganzheitlichen, d. h. Sein und Sollen umfassenden Sicht versucht werden kann.

Der umfassendste Abschnitt, als „analytisch darstellender Teil“ angeboten, reproduziert verschiedene makroökonomische Gleichgewichtsmodelle. Die Beziehung zu *Spann* wird u. a. in einem Exkurs über seine Kritik am *ceteris-paribus*-Prinzip hergestellt: Diese Kritik

verweist auf die Tatsache der Interdependenz aller sozio-ökonomischen Größen. Da diese Interdependenz auch in den Gleichgewichtsmodellen impliziert ist, glaubt Pichler solche Modellanalysen im Sinne des Spanschen „Umgliederung“-Begriffs interpretieren zu können (S. 96 ff.). Das gleiche gilt für *Leontiefs* Input-Output-Analyse, welche „als eine Art Konkretisierung, ein auf das Quantitative, auf die praktische Anwendung hinggerichteter ‚Anbau‘ der in der Leistungslehre Othmar Spanss theoretisch grundlegend entwickelten Ansätze gedeutet werden kann“ (S. 122).

Die Arbeit tendiert dazu, mit Hilfe ganzheitlicher Begriffe die post-keynessche Wirtschaftstheorie in das universalistische System einzubauen. Ob die „vereinnahmten“ Autoren damit einverstanden sind, wird sich erst noch erweisen müssen.

Karl Georg Zinn, Mainz

*Frank Münnich*: Die langfristige Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung. Meisenheim am Glan 1966. Anton Hain KG. 134 S.

In dieser von Wilhelm *Kromphardt* angeregten Heidelberger Dissertation wird der theoretisch anspruchsvolle Versuch unternommen, die langfristige Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung zu analysieren, ihre wichtigsten Bestimmungsgründe mit Hilfe des dafür gebotenen verteilungstheoretischen Instrumentariums zu erfassen und der Intensität ihres Einflusses nachzuforschen (S. 1). Nach einem einführenden statistischen Überblick über die effektive Entwicklung der Einkommensverteilung in den Vereinigten Staaten und Großbritannien, der zum Teil fast hundert Jahre zurückreicht und die vielumstrittene These aufs Korn nimmt, daß die Lohnquote langfristig konstant sei, setzt der Autor die dogmatisch bedeutsameren langfristigen Erklärungsversuche der funktionalen Einkommensverteilung auseinander, wobei die Grenzproduktivitätstheorie, die Monopoltheorie von Michael *Kalecki* und die Gesamtnachfragetheorie (wie sie am entschiedensten von Nicolas *Kaldor* vertreten wird) im Vordergrund stehen. Im Anschluß hieran prüft Münnich den Erkenntniswert kombinierter Verteilungsmodelle an den repräsentativen Beiträgen von Wilhelm *Krelle* und R. *Findlay* und entwirft sodann sein eigenes Grenzproduktivitätsmodell, das gegenüber dem von *Findlay* benutzten Apparat stark erweitert ist (S. 74 ff.) und als zusätzliche Variable den technischen Fortschritt und den Monopolisierungsgrad berücksichtigt. Nach der Interpretation der hieraus gewonnenen Verteilungsformeln wartet der Verfasser mit einem einleuchtenden numerischen Beispiel auf und steckt zum Schluß den Spielraum zusätzlicher Erweiterungen seines Zuteilungsmodells behutsam ab.

Die wirtschaftstheoretische Qualität dieser Schrift beruht auf der Klarheit ihrer begrifflich-dogmatischen Hypothesen, auf der Überzeugungskraft ihrer modellanalytischen Deduktionen und der Gabe des Autors, auch verwickelte Zusammenhänge verbal wie mathema-



tisch gut verständlich zu machen. Trotz ihrer betont theoretischen Orientierung hätte sich das empirische Material der Studie unschwer bereichern lassen, so z. B. durch die quantitativen Ermittlungen von E. Gerber über „Veränderungen der Einkommensverteilung in England 1938—1948“ (Bern 1952).

Antonio Montaner, Mainz

*Günter Strassert: Möglichkeiten und Grenzen der Erstellung und Auswertung regionaler Input-Output-Tabellen unter besonderer Berücksichtigung der derivativen Methode.* Berlin 1968. Duncker & Humblot. 123 S.

Die ständig steigende Zahl der regionalen Input-Output-Tabellen — z. Zt. existieren Matrizen für das Saarland, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Osnabrück und Berlin (West) — macht es erforderlich, sich einmal mit den Möglichkeiten und Grenzen der Aufstellung und Auswertung derartiger Regionaltabellen auseinanderzusetzen. Das ist in vorzüglicher Weise durch die Arbeit von Strassert geschehen, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, „zu prüfen, ob und inwiefern die Input-Output-Tabelle auch zur Untersuchung der sektoralen Verflechtungen in kleineren Raumeinheiten verwendet werden kann“ (Vorwort S. 7).

Im I. Kapitel werden die theoretische Konzeption (geschlossenes und offenes Leontief-System) und der praktische Aufbau einer Input-Output-Tabelle beschrieben. Der Übergang von der gesamtwirtschaftlichen Tabelle — in deren Mittelpunkt nicht nur, wie es auf Seite 20 heißt, die *interindustriellen*, sondern, wie später präzisiert wird, die *intersektoralen*, d. h. die zwischen den industriellen und außerindustriellen Sektoren vorhandenen Beziehungen stehen — zur Regionaltabelle wird dabei durch die alternative Erfassung der regionalen Importe und Exporte vollzogen.

Im II. Kapitel werden die Probleme und Voraussetzungen der systematischen Bereitstellung amtlicher Daten für regionale Input-Output-Tabellen behandelt. Hier weist Strassert zunächst auf die zunehmend anerkannte Notwendigkeit der Bildung praktikabler statistischer Begriffe für die Transaktionen (Bewertung, Umfang und Erfassungszeitraum) und für die Sektoren („fachliche Unternehmensteile“ als Darstellungseinheiten) hin, bevor er auf die praktischen und statistischen Schwierigkeiten der Erstellung regionaler Tabellen eingeht. Neben dem Zurechnungsproblem, d. h. der sinnvollen Lokalisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten, bereitet hier die „Erfassung der die Grenzen der Region überschreitenden Transaktionen“ die größten Schwierigkeiten, denn „Warenimporte der Länder aus dem übrigen Inland werden ebensowenig nachgewiesen wie Dienstleistungs- und Kapitalverkehrsbilanzen“ (S. 49). Hier hat Strassert jedoch eine Ausnahme übersehen: die Statistik der Warenbegleitscheine im Berlin-Verkehr, die es möglich machte, dieses Erfassungsproblem bei der Erstellung der Input-Output-Tabelle für Berlin (West) in befriedigender Weise zu lösen.

Der Mangel an statistischem Material hat zur Entwicklung eines derivativen Verfahrens zur Erstellung regionaler Input-Output-Tabellen geführt. Dieses Berechnungsverfahren, das Strukturrelationen aus gesamtwirtschaftlichen Tabellen als Grundlage der Ermittlung regionaler Input-Output-Größen verwendet, wird im III. Kapitel ausführlich erörtert. Dabei wird insbesondere untersucht, „ob auf die derivative Berechnungsmethode solange, wie die statistischen Engpässe nicht beseitigt sind, als ein vertretbares Näherungsverfahren zurückgegriffen werden kann“ (S. 52). Zu diesem Zweck geht Strassert auf die expliziten und impliziten Annahmen der jeweiligen Berechnungsverfahren zur Ermittlung der Zwischennachfrage, der Endnachfrage und der primären Inputs ein. Er arbeitet u. a. heraus, daß für die Verwendbarkeit der derivativen Methode entscheidend ist, ob die approximative Unterstellung, „das Resultat des Zusammenspiels von Struktureigentümlichkeiten“ innerhalb einer Region sei eine dem „gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt entsprechende Struktur“, zutrifft oder nicht. Auch auf Korrekturen und Ergänzungen der derivativ ermittelten Input-Output-Tabelle mittels originärer Daten sowie auf Möglichkeiten, den Fehlerbereich derivativ ermittelter Größen durch Aggregation einzuschränken, wird ausdrücklich hingewiesen.

Im IV. Kapitel werden zwei Input-Output-Tabellen für das Saarland für das Jahr 1960 — eine Tabelle mit Importspalte, die andere mit Importzeile — als praktisches Beispiel angeführt. Leider liegt diesen Tabellen die erste Fassung der im Rahmen der EWG erstellten Input-Output-Matrix für die Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1960 zugrunde, in der — im Gegensatz zur zweiten Fassung — die Lieferungen von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabak an die eigenbewirtschafteten Werkkantinen noch institutionell, d. h. bei den die Kantinen bewirtschaftenden Produktionsbereichen als Input verbucht wurden. Das berührt in den saarländischen Tabellen nicht nur den Output des Bereiches „Land- und Forstwirtschaft, Nahrungs- und Genußmittel-Industrien“ an die anderen sechs Bereiche, sondern auch den privaten Konsum, ist aber bei letzterem wegen der starken Aggregation nicht quantitativ faßbar. Somit verliert „die Frage, ob den vorliegenden Input-Output-Tabellen eine institutionelle oder eine funktionelle Bereichsabgrenzung zugrundeliegt“, durch die Aggregation nicht an praktischer Bedeutung, wie Strassert es vermutet (S. 76).

Im letzten Kapitel geht Strassert auf die analytischen Auswertungsmöglichkeiten regionaler Input-Output-Tabellen ein. Dabei weist er zunächst mit Recht auf die Problematik der Verwendung einer Input-Output-Tabelle für Prognosezwecke hin, erwähnt jedoch nicht den Vorteil, den eine Tabelle dadurch bietet, daß sie eine Prüfung verschiedener Teilprognosen auf ihre Vereinbarkeit bzw. auf ihre innere Konsistenz ermöglicht. Dann wendet sich Strassert einigen Ansätzen der Verflechtungsanalyse unter dem Aspekt der Diagnose zu. Hier analysiert er mit Hilfe der Methode der Triangulation die in den regionalen Wirtschaftsbeziehungen vorhandenen Abhängigkeiten und geht auf die Frage nach dem Einfluß relativ in sich geschlossener Verflechtungs-

bereiche (z. B. Agrarkomplex oder Kohle-Stahl-Komplex) „auf den gesamtwirtschaftlichen oder regionalen Produktionsablauf“ ein. Besonderes Interesse verdienen seine abschließenden Untersuchungen, mit denen er versucht, durch Systematisierung der (effektiven und potentiellen) Produktionswirkungen, an denen ein Sektor direkt und indirekt beteiligt war, „die absolute und relative Bedeutung jedes Sektors innerhalb der regionalen Produktionssphäre“ zu ermitteln (S. 112). Die Beurteilung der Sektoren erfolgt dabei anhand fiktiver Produktionseinstellungen, d. h. durch Berechnung verschiedener Annullierungseffekte und führt zu dem Ergebnis, daß die eisenschaffende Industrie — auf der Basis der saarländischen Tabelle für 1960 — als der am stärksten stimulierende, der Dienstleistungsbereich dagegen als der am stärksten abhängige Sektor gekennzeichnet werden kann.

Strassert ist es gelungen, die wichtigsten Probleme der Erstellung und Auswertung regionaler Input-Output-Tabellen übersichtlich und prägnant darzustellen. Seine Arbeit kann als ein wichtiger Beitrag zur regionalen Input-Output-Forschung angesehen werden, an dem jeder, der mit diesem Instrument zu tun hat, nicht vorbeigehen sollte.

Reiner Stäglich, Berlin

*Alfred Müller-Armack: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration. Freiburg i. Br. 1966. Rombach. 472 S.*

Welchem Nationalökonom ist es schon vergönnt, eine seiner Ideen zum tragenden Leitbild der praktischen Wirtschaftsgestaltung werden zu sehen? Müller-Armacks Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ wurde zum überragenden und erfolgreichen Leitbild der deutschen Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit. Und die offizielle wirtschaftspolitische Konzeption unserer Tage hat sich vom grundlegenden Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft kaum entfernt. Auch die heutige Situation wird noch treffend durch die Äußerung Müller-Armacks gekennzeichnet: „Inzwischen hat sich die Sozialdemokratie, insbesondere in der Person ihres führenden Theoretikers Karl Schiller, zwar nicht dem Namen, aber doch der Sache weitgehend angenähert“ (S. 12).

Die vorliegende Sammlung enthält im ersten Teil unter dem Titel „Ordnungspolitik“ die wesentlichen Beiträge Müller-Armacks zum Thema Soziale Marktwirtschaft. An erster Stelle steht die berühmte Schrift „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ aus dem Jahre 1946 (!), in der Müller-Armack das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ausführlich darlegt. Man muß sich bei der Lektüre die desperate wirtschaftliche und politische Situation Deutschlands in jener Zeit vor Augen halten, um die souveräne Klarheit würdigen zu können, mit der die Nachteile staatlicher Wirtschaftslenkung diagnostiziert wurden, obwohl staatliche Lenkung damals vielen als einzig möglicher Weg aus dem Chaos erschien. Als Alternative wurde ein ausgearbeitetes Programm angeboten, das bei intaktem marktwirtschaftlichem Steuerungsmechanismus es dem Staat erlaubte, ja zur Pflicht machte,

mit wirtschaftlichen Maßnahmen den „sozialen Ausgleich“ anzustreben. Die folgenden Beiträge enthalten Verfeinerungen und werbende Bekräftigungen des vorgelegten Konzeptes.

Nach mehr als einem Jahrzehnt praktischer Erprobung unter seiner maßgeblichen Mitverantwortung strebte Müller-Armack eine „zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft“ an. Dieses Bemühen fand seinen Niederschlag u. a. in den beiden wiedergegebenen Beiträgen aus den Jahren 1960 und 1962 (Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. — Das gesellschaftspolitische Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft.). Nach Müller-Armacks Überzeugung mußte der ersten Phase, die die Erfüllung materieller Ansprüche gebracht hatte, eine zweite Phase verstärkter gesellschaftspolitischer Aktivität folgen. Kern seines gesellschaftspolitischen Leitbildes war die Sicherung der Position des Individuums innerhalb des Gesellschaftsganzen, wobei die Schaffung und Sicherung der Möglichkeit ungehinderter Persönlichkeitsentfaltung als besonders dringliches Anliegen erscheint. Wenn man den von ihm aufgestellten Zielkatalog betrachtet (S. 275 ff.), erkennt man die unverminderte Aktualität seiner Forderungen und die geistige Wurzel so mancher heute angestrebten Ziele.

Der zweite Teil vereinigt unter dem Titel „Internationale Wirtschaftspolitik“ Arbeiten aus dem zweiten großen Schaffensgebiet Müller-Armacks, der Europäischen Integrationspolitik. Dem eigenen Bekenntnis nach ebenso sehr theoretischer wie praktischer Wissenschaftler war der langjährige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Erhards auch einer der entschiedenen Förderer der europäischen Integrationsbestrebungen. Als mehrjähriger Vorsitzender des konjunkturpolitischen Ausschusses der EWG galt sein vornehmliches Bestreben der Institutionalisierung einer einheitlichen Konjunkturpolitik innerhalb der EWG. Sein Aufsatz „Institutionelle Fragen der Europäischen Konjunkturpolitik“ (1958) macht klar, wie herzlich wenig in der Zwischenzeit in dieser Richtung geschehen ist. Über den EWG-Rahmen hinaus ging sein Entwurf eines „Kodex des richtigen konjunkturpolitischen Verhaltens“ (1961), der im Rahmen der OEEC die Festlegung der Mitgliedländer auf bestimmte konjunkturpolitische Verhaltensregeln bringen sollte. Diese Vorlage scheiterte am Widerstand der USA.

Im dritten Teil veröffentlicht Müller-Armack unter dem Titel „Grundlegende Entwürfe“ Beiträge zu wichtigen Teilfragen der europäischen Integrationspolitik. So den bislang unveröffentlichten „Plan zur Errichtung einer Europäischen Zollunion“ (1960), in dem er den Weg zu einer Vereinigung von EWG und EFTA in einer Zollunion zeigt. In dem „Vorschlag zur Stärkung der politischen Kooperation in Europa“ wird nach Möglichkeiten gesucht, trotz der vielfältigen politischen Hindernisse Fortschritte auf dem Weg zur Politischen Union zu machen. Das „Konzept für Verhandlungen zwischen der EWG und der EFTA“ (1965) schlägt ausgehend von der politischen Situation ein Minimalprogramm in Form eines Freihandelsarrangements zwischen EWG und EFTA vor. Seine „Konzeption für die künftige euro-

päische Integration“ (1965) war die unverzagte Reaktion auf die durch Frankreich ausgelöste EWG-Krise und sollte einen Ausweg zeigen. Der von ihm gewiesene Weg wurde leider nur zum Teil beschritten.

Hubertus Adebahr, Berlin

*Erich Preiser: Wirtschaftspolitik heute. Grundprobleme der Marktwirtschaft. München 1967. Verlag C. H. Beck. 221 S.*

Wenige Tage vor Vollendung seines 67. Lebensjahres ist Erich Preiser am 16. August 1967 verstorben. Sein wissenschaftliches Werk umspannt nahezu den Gesamtbereich der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, doch haben ihn die Grundfragen der Sozial- und Wirtschaftsordnung seit seinen frühesten Schriften am stärksten angezogen und bis zu seinen letzten Arbeiten immer wieder besonders beschäftigt. In der steten Verknüpfung theoretischer und politischer Aspekte nationalökonomischer Forschung und Lehre zu einer systematisch weit ausgreifenden Theorie der Wirtschaftspolitik nahm seine Überzeugung Gestalt an, daß Wirtschaftspolitik nicht ohne Theorie, Wirtschaftstheorie nicht ohne ständiges Vergleichen mit wirtschaftspolitischer Erfahrung auch nur einen Schritt tun könne. Obwohl Preiser mit den Instrumenten der ökonomischen Theorie in die Vielfalt ihrer Anwendungsgebiete vordrang, war „angewandtes“ Forschen im pragmatischen Sinn weniger sein Metier. Sein Hauptinteresse galt den Beziehungen zwischen der Einkommens- und Machtverteilung und der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, seine sozialökonomischen Erkenntnisse münden — ausdrücklich oder unausgesprochen — in das Bekenntnis zur Marktwirtschaft ein, und die ordnungspolitischen Perspektiven seines Denkens lassen positive Einsichten und normative Urteile häufig ineinander übergehen. Diese eigenständige Arbeitsweise Preisers, die von einzelnen Methodenkritikern als Verstoß gegen das Objektivitätspostulat beanstandet wurde, sollte angesichts ihres spezifischen Ertragswertes ein Anlaß mehr sein, um des fruchtbaren Spannungsverhältnisses zwischen positiver und normativer Theorie und ihrer fließenden Übergänge gewahr zu werden.

Wie schon andere vielbeachtete Buchpublikationen Preisers ist auch der vorliegende Band eine Sammlung von enger umgrenzten Werkproben, hier nun von ausgewählten Vorträgen aus den Jahren 1951 bis 1967. Der Untertitel „Grundprobleme der Marktwirtschaft“ bringt den thematischen Kern sämtlicher Teilstücke gut zum Ausdruck. Der erste Abschnitt „Marktwirtschaft und Konjunkturpolitik“ befaßt sich mit der sozialen Problematik der Marktwirtschaft sowie mit den Gefahrenpunkten der deutschen Wirtschaftskonjunktur, wie sie Preiser bereits vor einem Jahrzehnt namentlich an den Symptomen der schleichenden Inflation drohen sah. Im zweiten Abschnitt werden zur Diagnose und Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung die Lebensbedingungen der freien Marktwirtschaft sowie die zentralen Probleme der Wohlstandsgesellschaft beleuchtet, und im dritten Abschnitt wird

das wirtschaftliche Wachstum zunächst in seiner Abhängigkeit vom Kapazitäts- und Einkommenseffekt der Investitionen und von deren generellen Antriebskräften und sodann in der Ambivalenz seiner ideologiebefrachteten Rolle als zeitmodischer Fetisch und zum andern seines dauerhaften Vorranges als notwendiges Leitziel der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gedeutet. Zum Stichwort Einkommens- und Vermögensdistribution setzt der vierte und letzte Abschnitt die ökonomische Problematik der Eigentumsverteilung und die theoretischen Grundlagen der Vermögenspolitik auseinander. Anmerkungen und Literaturhinweise des Autors wie auch eine Liste der Entstehungsdaten und Fundstellen der in diesem Band vereinten Vortragstexte sind im Anhang verzeichnet.

Das Buch ergänzt sich in seinem wirtschaftsanalytischen und wissenschaftskritischen Gehalt aufs beste mit Preisers bekanntem Werk „Nationalökonomie heute“ (IV. Aufl. München 1963) und wird dazu beitragen, den Respekt vor seiner Persönlichkeit mit dem Dank für sein Vermächtnis lebendig zu halten. „Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung“ (IV. Aufl. Göttingen 1963) war das Hauptmotiv der Arbeit und Sorge Preisers bis zu seinem Tode geblieben; die dort auf S. 3 geäußerte ermutigende Mahnung bleibt auch hier sein wirtschaftspolitisches Credo: „Es gibt keine zwangsläufige Entwicklung, wir machen sie selbst.“

Antonio Montaner, Mainz

*Eberhard Günther: Wege zur Europäischen Wettbewerbsordnung. Baden-Baden 1968. Nomos Verlagsgesellschaft. 231 S.*

Der vorliegende Band gibt eine Auswahl aus grundlegenden Aufsätzen und Vorträgen des Präsidenten des Bundeskartellamtes. Der erste Teil ist dem Begriff der Marktwirtschaft und der Wettbewerbsbeschränkung gewidmet. Die Beziehungen zwischen der europäischen Wettbewerbsordnung und dem nationalen Wettbewerbsrecht werden im zweiten Teil untersucht.

Günther läßt deutlich werden, daß Wettbewerbspolitik als Teil der demokratischen Gesellschafts- und Sozialpolitik gesehen werden muß, da man nur durch die institutionelle Beseitigung der leistungsfremden Einkommen einer gerechten Einkommens- und damit auch einer gerechten Vermögensverteilung näherkommen kann (S. 33 ff.). Die Problematik des Leistungsbegriffs in einer arbeitsteiligen, durch ungleiche Besitzverhältnisse gekennzeichneten Gesellschaft und die Frage der Plausibilität einer auf „leistungsgerechten“ Einkommen basierenden Verteilung bleiben allerdings unbeachtet.

Die Aufsätze berühren alle wesentlichen, aus der Wettbewerbsdiskussion bekannten Probleme wie Freiheitsprinzip und Marktordnung, Kartell-, Monopol- und Konzentrationsfragen und münden in die Forderung Günthers nach einer Neuregelung der rechtlichen Stellung und der Kompetenzen des Bundeskartellamtes. Seine Vorschläge zielen auf „ein weisungsfreies Bundesorgan, etwa nach dem Muster der amerikanischen Federal Trade Commission“ (S. 100). Als parallele Kon-

trollinstanz solle dieser amtlichen Wettbewerbsüberwachung ein Bundestagsausschuß mit entsprechenden Untersuchungsbefugnissen zur Seite gestellt werden.

Die Eingliederung der bundesdeutschen Wettbewerbsordnung in den vom EWG-Vertrag gesetzten Rahmen bereitet keine Schwierigkeiten, da die deutsche und die europäische Wettbewerbskonzeption grundsätzlich übereinstimmen (S. 107, 165 ff.). Die Unterschiede der nationalen Wettbewerbsordnungen und die damit bestehenden Wettbewerbsverzerrungen zwischen den EWG-Mitgliedern bilden jedoch noch Hindernisse für eine *wirksame* Wettbewerbsregelung in der EWG. Aber selbst die absehbare Vereinheitlichung der verschiedenen Steuersysteme und die Abstimmung der übrigen wettbewerbsrelevanten Daten sind nach Meinung Günthers noch keine hinreichende Bedingung für den optimalen Wettbewerb, solange Währungsgrenzen den EWG-Binnenmarkt aufspalten; die endgültige Wettbewerbsordnung der EWG verlangt somit auch die gemeinsame Währung.

Die ausführlichste Darstellung gilt der Anwendung der Artikel 85 und 86 (Das wettbewerbspolitische Leitbild des EWG-Vertrages). Dabei wird auf die Lücke verwiesen, daß der Vertrag *expressis verbis* keine Handhabe gegen wettbewerbsbeschränkende Konzentration bietet. Günther gelangt jedoch in Anlehnung an die Literatur und gestützt auf Entscheidungen des US-amerikanischen Supreme Court zu der Ansicht, daß auch Konzentrationsvorgänge, bei denen die rechtliche Selbständigkeit von Unternehmen aufgegeben wird, analog zu wettbewerbsbeschränkenden Kartellabsprachen behandelt werden können (S. 126 ff., 171 ff.).

Die im rezensierten Band zusammengestellten Aufsätze geben einen geschlossenen Überblick über die europäischen Wettbewerbsfragen, so daß die Lektüre auch als Einführung in den Themenkreis empfohlen werden kann.

Karl Georg Zinn, Mainz

*P. J. D. Wiles: Zur Frage der Konvergenz östlicher und westlicher Wirtschaftssysteme. Kiel 1968. Inst. f. Weltwirtschaft. 16 S.*

Wiles gehörte früher zu denjenigen Ostforschern, welche die These einer konvergierenden Entwicklung der Wirtschaftssysteme für unzutreffend hielten. Die Gründe für die seitherige Wandlung seiner Auffassung analysiert er in der vorliegenden überarbeiteten Fassung seines Kieler Vortrages. Er untersucht sie überwiegend unter soziologischen, insbesondere berufssoziologischen Gesichtspunkten.

Wirtschaftsgesinnung, soziologischer Typus des Managers sowie die Herrschaftsstrukturen der Unternehmungen und der Planungsorganisationen betrachtet er als die allgemein feststellbaren eigentlichen Konvergenzelemente. Als Ursache stellt er das Vordringen des Technokraten und die mit ihm verbundenen Wandlungen auch im Bereich relativ unveränderlicher systemkonstituierender Elemente wie der Eigentumsverfassung in den Vordergrund. In einer wachsenden Bedeutung des Besitzes gegenüber dem formalen Eigentumsbegriff und in der fak-

tischen Entscheidungsausübung sieht er entscheidende Aspekte einer konvergierenden Veränderung des östlichen Systems. Ökonomische Argumente wie Verminderung des Umfanges der Zentralplanung, Ausdehnung privater Tätigkeit, Wohlfahrtssteigerung, Angleichung der Konsumstrukturen und Ablösung der Parteifunktionäre werden von Wiles als „Binsenwahrheiten“ konvergierender Zukunftsentwicklungen in den östlichen (und mutatis mutandis auch den westlichen) Volkswirtschaften bezeichnet. Das Vordringen der Fachleute mit quasi-kapitalistischer Verhaltensweise stellt er nicht nur im orthodoxen Kommunismus, sondern auch in Ländern mit einer Arbeiterselbstverwaltung (Jugoslawien, Israel, Algerien) fest.

Unterschiede verbleiben nach Wiles' Auffassung auch weiterhin vor allem im verteilungspolitischen Bereich, so daß man von einer vollkommenen Konvergenz nie werde sprechen können. Hinsichtlich der Ideologien glaubt er entweder ein vollkommenes Absterben (wie im Kapitalismus) oder aber eine beliebige Manipulation ideologischer Aussagen im Dienste von Sachgegebenheiten vorauszu sehen, bei Fortbestand formaler Verschiedenheiten.

Den abschließenden Teil seiner kurzen, aber anregenden Ausführungen widmet Wiles nicht-konvergierenden Systemen, in erster Linie der Volksrepublik China. Hier wie in Cuba und Albanien — und in der studentischen Opposition — scheint ihm Feindschaft gegenüber dem Technokraten ein bestimmendes Merkmal zu sein, aus dem sich eine Reihe von ideologischen Widersprüchen des Systems herleitet. Der Versuch, aus politisch-dogmatischen Gründen Entscheidungen „anders“ zu fällen als in den einer Konvergenzbewegung ausgesetzten Systemen, wird entweder schon durch den Umfang notwendiger Grundentscheidungen überfordert oder aber von den Tagesproblemen gefährdet. Er ist der Meinung, daß China, angesichts der chaotischen innenpolitischen Ereignisse, offenbar weitgehend eine Marktwirtschaft sein müsse, da nur sie eine Funktionsfähigkeit überhaupt vorstellbar mache.

Konvergenz bedeutet Anpassung des Wirtschaftsdenkens an technisch-ökonomische Sachzusammenhänge. Gibt es eine Möglichkeit für ein wirtschaftspolitisches System jenseits der Konvergenz? Wiles glaubt es nicht; er kommt zu der vor allem auf die Ideenwelt der verschiedenen Protest- und Oppositionsströmungen zielenden Formel „wenn nach Marx der Markt Anarchie ist, muß dann nicht Anarchie ein Markt sein?“

Hans Böhme, Göttingen

*Hannelore Hamel: Das sowjetische Herrschaftsprinzip des demokratischen Zentralismus in der Wirtschaftsordnung Mitteldeutschlands. Berlin 1966. Duncker & Humblot. 210 S.*

Eigentlich ist es selbstverständlich, daß in einem totalitär regierten und unter unmittelbarem sowjetischem Einfluß stehenden sozialistischen Staat die Wirtschaftsordnung sowjetische Züge hat. Die Verfasserin des Buches hatte sich zur Aufgabe gestellt, das Nachahmen



des sowjetischen Modells wissenschaftlich zu begründen. Dies gelingt ihr in ausgezeichneter Weise.

Zunächst deutet Hannelore Hamel den Begriff „demokratischer Zentralismus“, wie Lenin ihn verstand und wie die mitteldeutsche Regierung ihn auslegt. Dazu gehören: die zentrale Planung des Wirtschaftsprozesses, die von oben befohlene parteitreue Wirtschaftspolitik und die staatlichen Stellen, die das gesteckte wirtschaftliche Ziel durchsetzen.

Neben diesem mächtigen Instrumentarium des sozialistischen Zentralismus nimmt sich der demokratische Faktor mehr als bescheiden aus. Gewiß, die Praxis hat bewiesen, daß auch die beste Planung und die klügsten Durchführungsbestimmungen — beide vom grünen Tisch verkündet — ökonomische und menschliche Probleme oftmals ignorieren. Die dadurch entstandenen Engpässe und Mängel versucht die mitteldeutsche Regierung — in Anlehnung an das sowjetische Muster — durch eine Mitwirkung der örtlichen Organe und durch Heranziehung der Betriebsbelegschaften zu Produktionskonferenzen und wirtschaftlichen Beratungen zu beseitigen. Erwähnenswert sind auch die Volkskontrollen, Wettbewerbe und verschiedene materielle Anreize.

Alle diese Maßnahmen, die als „Weiterführung der sozialistischen Demokratie“ bezeichnet werden, schränken jedoch die Macht der zentralen Wirtschaftsführung kaum ein. Eine schematische Darstellung der seit 1965 für die Wirtschaftsordnung zuständigen Ämter weist auf die Doppelstellung mancher örtlichen Organe hin, die zu zahlreichen Kompetenzstreitigkeiten führen muß. Daraus ergibt sich, daß der demokratische Zentralismus, im Grunde genommen, bürokratisch bleibt. Die Initiative der unteren Stellen und der volkseigenen Betriebe findet ihre Grenze dort, wo sie mit den Planungen und Anweisungen von oben in Konflikt gerät. Alle Abweichungen vom Schema gelten als revisionistisch oder gar als regierungsfeindlich und werden ohne Rücksicht auf ihre Zweckmäßigkeit verurteilt.

Die Verfasserin stützt sich auf ein reichhaltiges mitteldeutsches und sonstiges Material, wovon das 9 Seiten starke Literaturverzeichnis ein beredetes Zeugnis ablegt. Es handelt sich um ein mit wissenschaftlicher Objektivität systematisch aufgebautes Werk, das für jeden Wirtschaftler nützlich ist, der sich über die Wirtschaftsordnung in Mitteldeutschland genau informieren will.

R. Peter Rochlin, Berlin

*Herbert Schneider: Die Interessenverbände. München/Wien 1965. Günter Olzog. 160 S.*

Schneider will mit seiner Schrift dem politisch interessierten Leser ein möglichst objektives Bild vom Umfang und von den Auswirkungen des Verbandswesens in der Bundesrepublik Deutschland geben. Er behandelt darin Stellung, Arten und Wirken der Verbände sowie

einige ihrer Probleme (u. a. Verhältnis zu den Parteien). Von den beiden Organisationsmodellen, dem Funktionärs- und dem Honoratiorenverband, gewinnt das erstere ständig an Boden, denn in nahezu allen Verbänden nimmt nach Schneider die Macht der Funktionäre auf Kosten der Honoratioren zu. Der Autor geht auf eine größere Zahl von Verbänden ein, behandelt insbesondere ihre Organisation und ihre Aufgaben; viele Verbände werden nur genannt. Ganz geschickt werden die Vor- und Nachteile des Verbandswesens dargestellt. In der modernen arbeitsteiligen Gesellschaft sind die Verbände notwendig. Mit Recht stellt der Autor fest, „... daß die Interessenvertretungen eines Landes um so zahlreicher sind, je differenzierter das Wirtschafts- und Sozialleben und je weiter fortgeschritten die Arbeitsteilung ist“. In den Verbänden häuft sich ein großes Maß von Sachverstand und Erfahrung an, deren sich die amtlichen Stellen vielfach bedienen. Darauf und nicht so sehr auf ihrem politischen Druck beruht nach Schneider der Einfluß der Verbände auf die Gesetzesvorbereitung (S. 150). Auch manche Aufgaben, die dem Staat obliegen würden, übernehmen die Verbände. Macht und Einfluß eines Verbandes sind nach dem Autor nicht leicht zu messen. Mit Recht weist er darauf hin, daß nicht alle Verbände über einen Kamm zu scheren seien und daß der „Geheimniskrämerei“ entgegengewirkt werden müsse; er fordert „mehr Licht“.

Die vorhandene Literatur über das Verbandswesen ist umfangreich, dennoch ist die kleine Schrift von Schneider verdienstvoll. Er hat viel Material zusammengetragen, insbesondere auch Zahlenmaterial, das freilich schnell überholt ist. Die Schrift ist flüssig geschrieben; wenn sie auch viel Bekanntes bringt, so gibt sie doch einen kurzen, brauchbaren Überblick über das Verbandswesen, man liest sie gern.

Bruno Schultz, Berlin

*Ulrich Weinstock: Regionale Wirtschaftspolitik in Frankreich.* Hamburg 1968. Weltarchiv. 344 S.

Fragen der regionalen Wirtschaftspolitik gewinnen sowohl in Frankreich als auch in der Bundesrepublik zunehmend an Bedeutung. Trotz erheblicher Unterschiede in den Konzeptionen, Organisationen und Methoden in beiden Ländern erscheint eine Auswertung der in Frankreich gemachten Erfahrungen für die Bundesrepublik von großer Wichtigkeit. Die umfassende Arbeit von Weinstock liefert hierzu einen wesentlichen Beitrag. Der Verfasser gliedert den umfangreichen Stoff in die fünf Teile: Systematbestände, regionalpolitische Konzeptionen, regionale Planungsbestrebungen, Organisationsformen und regionalpolitische Maßnahmen. Ausgehend von der Verwaltungsstruktur und der allgemeinen Wirtschaftsplanung, ohne deren Verständnis eine Diskussion der Regionalpolitik nicht möglich ist, schildert der Verfasser die regionale Problematik Frankreichs, die sich besonders in der Dominanz der Pariser Region und der Unterentwicklung des Westens und Südwestens manifestiert.

Sehr interessant ist die Darstellung der regionalpolitischen Konzeptionen. Zunächst standen raumordnerische Gesichtspunkte im Vordergrund, während man nunmehr bei einer umfassenden regionalen Wirtschaftspolitik angelangt ist. Insbesondere die Konzeption der Wachstumspole wird vom Verfasser eingehend behandelt und einer abgewogenen Kritik unterzogen. Die grundsätzlichen Probleme einer wachstumsgerechten Produktions- und Bevölkerungsstruktur scheinen allerdings auch in Frankreich bisher nicht diskutiert worden zu sein.

Große Fortschritte sind indessen nach Ansicht des Verfassers auf dem Gebiete der Planung gemacht worden. Während der zunächst beschrittene Weg, dem Nationalplan Regionalpläne an die Seite zu stellen, vor allem daran scheiterte, daß die Regionalpläne keine konkrete Politik definierten und noch nicht einmal gute regionale Bestandsaufnahmen darstellten, war die Regionalisierung des Nationalplans, wie sie im Vierten Plan vorgenommen wurde, ein wichtiger Schritt vorwärts. Dazu diente insbesondere die Einführung der „operationellen Abschnitte“ (*tranches opératoires*), die die geographische Aufteilung der Sektorenziele auf die 21 Programmregionen darstellten und denen von Anfang an derselbe Charakter hinsichtlich ihrer Durchführung zuerkannt wurde wie dem Nationalplan, der seinerseits allerdings nur ein mehr oder weniger verbindlicher Rahmenplan ist.

Die entscheidende Schwäche der bisherigen Planung liegt nach Auffassung des Verfassers in dem Bereich der Organisationsformen. Gerade wegen der Existenz des Planungsinstrumentes sowie infolge langer zentralstaatlicher Tradition war man nicht gewillt, regionalen Instanzen eine ausreichende Entscheidungsbefugnis und hinreichende autonom verfügbare Finanzmittel zu gewähren. Zwar wurde eine Reihe regionaler Organisationen und Zuständigkeiten geschaffen wie der Regionalpräfekt, die gemischtwirtschaftlichen Gesellschaften und die regionalen Entwicklungsgesellschaften, doch besteht die Schwierigkeit all dieser Bemühungen um eine organisatorische Neuordnung eben darin, daß damit keine Reform des zentralistischen politischen Aufbaus verbunden werden soll.

Die mangelnde Bereitschaft zu wirklich grundlegenden Schritten in Richtung auf eine Verbesserung der regionalen Disparitäten zeigt sich auch bei einer Analyse der regionalpolitischen Maßnahmen. Während der Staat insbesondere durch die recht wirksamen Investitionsprämien versucht, die Industrie in die bisher zurückgebliebenen Gebiete des Westens und Südwestens zu lenken, ist er nicht bereit, seine eigenen Investitionen nach regionalen Gesichtspunkten zu steuern. Auf dem Sektor der materiellen Infrastruktur werden die Investitionen offensichtlich zu stark an den bestehenden Engpässen orientiert und kommen damit vor allem den Ballungsgebieten zugute. Die größten Chancen wurden nach Ansicht des Verfassers auf dem Gebiet der staatlichen Forschungspolitik vertan. Trotz rascher Ausweitung der Forschung auf allen Gebieten erfolgte die Erweiterung der betreffenden Institute überwiegend an Ort und Stelle, das bedeutet in der Regel im

Pariser Raum. Diese mangelnde Bereitschaft des Staates, mit seinen eigenen Investitionen die Ziele der Regionalpolitik zu unterstützen, hat mehr als manches andere die Unternehmer zu einer skeptischen oder zumindest abwartenden Haltung veranlaßt und somit nicht das notwendige psychologische Klima zugunsten einer regionalen Erschließungs- und Entwicklungspolitik entstehen lassen.

Insgesamt gelingt es dem Verfasser, ein umfassendes Bild von den Problemen und Methoden der französischen Regionalpolitik zu vermitteln. Er bleibt dabei etwas zu sehr im allgemein Beschreibenden, wo man sich einige ausgewählte konkrete Beispiele und eine eingehendere Analyse des statistischen Materials gewünscht hätte.

Peter P. Waller, Berlin

*Achim Schrader*: Die soziale Bedeutung des Besitzes in der modernen Konsumgesellschaft. Folgerungen aus einer empirischen Untersuchung in Westdeutschland. Köln und Opladen 1966. Westdeutscher Verlag. 163 S.

Die Untersuchung, Bestandteil des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsvorhabens über „Reaktionen und Motivationen der Bevölkerung gegenüber sozialpolitischen Umverteilungsmaßnahmen“, befaßt sich mit dem oberhalb der Subsistenz- und unterhalb der Luxusebene befindlichen Besitz, den sie in die Gütergruppen Grundbesitz, Soziabilität, Technisierung, Einrichtung, Rechtsansprüche und Geldbesitz aufgliedert. Als Grundlage dienten 289 im Jahre 1961 durchgeführte Familieninterviews im Ruhrgebiet und Münsterland. Die fehlende Repräsentativität wird durch die hohe Intensität der Befragung aufgewogen. Die Bedeutung der sechs Gütergruppen für die soziale Differenzierung und Orientierung bildet den Kern der Untersuchung. Die Besitzenden wurden nach Siedlungsformen, Beruf und Arbeit, Mobilität und sozialer Schichtung gruppiert; das führte zu einem sehr differenzierten und aufschlußreichen Ergebnis, obwohl einige Trends und Thesen überaus subtil formuliert worden sind. Die Arbeit bestätigt die Feststellung anderer Autoren, daß Besitzende sich durch größere politische Interessiertheit auszeichnen und demzufolge in der demokratischen Gesellschaft eine unerläßliche Komponente bilden.

Rochus Castner, Nürnberg

*Herbert Schmidt* (Hrsg.): Energiewirtschaft und Energiepolitik in Gegenwart und Zukunft. Berlin 1966. Duncker & Humblot. 351 S.

Die Internationale Tagung der Sozialakademie Dortmund behandelte 1965 ein Thema, das, wie die Beiträge der verschiedenen namhaften Referenten zeigen, im Mittelpunkt des Interesses von Wissenschaft und Politik steht. In den Referaten werden im wesentlichen zwei Fragenkreise angesprochen: einmal die gegenwärtige Situation und voraussichtliche Zukunft der Energieträger Kohle, Erdöl, Erdgas

und Atomenergie, zum anderen die Energiepolitik West- und Osteuropas sowie Amerikas.

Im einzelnen wurden Referate über folgende Themen gehalten: Fritz *Hellwig*: Energiewirtschaft und Energiepolitik bei den Europäischen Gemeinschaften; Heinz *Kegel*: Die Zukunft der Steinkohle; Robert *Wajda*: Die Chancen von Erdöl und Erdgas; T. *Horowitz*: Die Bedeutung der Atomenergie; Silvain J. *Loccufier*: Basishypothesen einer mittelfristigen Energiepolitik in Belgien; E. F. *Schumacher*: Die energiepolitische Konzeption Großbritanniens; Werner *Gumpel*: Energiewirtschaft und Energiepolitik in den Ländern Osteuropas; Robert L. *Munteanu*: Die Bedeutung der energiepolitischen Planung in den Entwicklungsländern; Friedrich *Baerwald*: Aktuelle energiepolitische Probleme in den USA; Rem A. *Beloussow*: Die Entwicklung der Energiewirtschaft in der Sowjetunion; Gerhard *Kienbaum*: Energiepolitik vom Standpunkt der Landesregierung Nordrhein-Westfalen; Gerhard *Krink*: Die energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung; Hans K. *Schneider*: Alternative Konzeptionen für die Energiewirtschaftspolitik; Hans-Gerd *Springorum*: Zukunftsprobleme der Energiewirtschaft vom Standpunkt der Unternehmer; Walter *Arendt*: Zukunftsprobleme der Energiewirtschaft vom Standpunkt der Gewerkschaften.

Interessant sind die in den Referaten — auf die einzeln einzugehen der zur Verfügung stehende Raum nicht gestattet — vorgetragenen unterschiedlichen Stellungnahmen zu den Energieproblemen. Es sind hauptsächlich die Energieprognosen, bei denen sich die Referenten, trotz aller Vorsicht beim Nennen von Schätzungen, unterscheiden. Dies gilt für die Schätzung der Weltenergiereserven, für die Ausdehnung des Energiebedarfs und für den Einsatz der Atomenergie. Den verschiedenen Ausgangspunkten entsprechend wird von den einzelnen Energieträgern ein mehr oder weniger großer Anteil an der zukünftigen Energieversorgung erwartet. Besonders in den Referaten, die sich mit der bundesrepublikanischen Energiemarktlage befassen, wird auf die Wahrscheinlichkeit einer in wenigen Jahrzehnten auf uns zukommenden Energieverknappung hingewiesen. Da die geschätzten Weltkohlevorräte 88 % der fossilen Energieträger ausmachen, wird für die Zukunft eine überaus große Bedeutung der Steinkohle für die Energieversorgung vermutet. Von der Regierung der Bundesrepublik wird daher eine Energiepolitik gefordert, die zumindest eine Erhaltung der jetzigen Bergbaukapazität gewährleistet, indem der Energiemarkt künstlich verengt wird, die mit der Kohle in Wettbewerb stehenden anderen Primärenergieträger diskriminiert werden und/oder die Kohle mittels Subventionen wettbewerbsfähig erhalten wird. Dabei werden wieder die bekannten 140 Mill. Tonnen je Jahr, die die Kohlendiskussion schon seit langem beherrschen, in das Spiel gebracht. Auch der Hinweis auf die notwendige Sicherheit der Energieversorgung wird nicht zu erwähnen vergessen. Es ist reizvoll, die sich an diese Forderungen anschließende Diskussion mit den Vertretern einer anderen Ansicht, nämlich der, daß es sich bei der herrschenden Koh-

lenmisere um ein Strukturproblem handele, das von der Kohlenwirtschaft zu lösen sei, zu verfolgen.

Alles in allem ist die Veröffentlichung bestens geeignet, die anstehenden Probleme der Energiewirtschaft und -politik dem interessierten Leser vor Augen zu führen.

Dieter Stilz, Berlin

*Elke Schulz-Hanßen*: Die Verkehrswirtschaft des Seehafens. Eine Begriffs- und Wesensbestimmung. Berlin 1965. Duncker & Humblot. 185 S.

Die Verfasserin versucht, zunächst den Begriff der „Verkehrswertigkeit“ zur Bestimmung der „Bedeutung der Verkehrswirtschaft des Seehafens für die Gesamtwirtschaft“ fruchtbar zu machen. Da dies nur mit Hilfe einer nicht gerade sehr präzisen Beschreibung der verschiedenen „Ebenen“ (?) der „Verkehrswertigkeit“ geschieht, bleibt die Nützlichkeit dieses analytischen Ansatzes zweifelhaft. Bereits dieser kurze Abschnitt enthüllt Methodik und Aussagefähigkeit der Studie: Eine (sehr umfassende) Aufzählung aller Aktiven, die in einem Seehafen vorzufinden sind, und der Versuch ihrer Systematik kann kaum zu einer „Wesens“-Bestimmung vordringen. Was immer man darunter genau verstehen mag, so dürfte diese Zielsetzung jedoch vornehmlich theoretischer Natur sein. Eine „Theorie der Seehafenwirtschaft“ läßt sich auf diesem Wege jedoch nicht gewinnen. Sie würde es z. B. in der Tat erlauben müssen, „die Gestaltungskraft der Seehafenverkehrswirtschaft für gesamtwirtschaftliche Entwicklungsprozesse . . .“ (S. 19 f.) zu bestimmen. Triviale Aussagen wie: „Werden Binnen- und Seetransportkosten als feststehend angenommen, so kann bei gegebener — nicht gänzlich elastischer — Nachfrage nach dem Gut die Billigkeit der Seehafenverkehrswirtschaft über die Wirtschaftlichkeit der Produktionsausweitung entscheiden“ (S. 32), gewinnen auch durch ihre Explikation mit Hilfe von graphischen Darstellungen keine empirische Bedeutung. Hier wären Verfahren der Regionalanalyse, wie Input-Output-Berechnungen, die Anwendung des basic-non-basic-principle, die interindustrial-complex-analysis usw. als Instrumente heranzuziehen.

So kann denn der erste Teil der Studie kaum befriedigen. Die gesamtwirtschaftliche Relevanz der Seehafenverkehrswirtschaft, ihr „Einfluß auf Wachstum und Struktur der Wirtschaft“ bleibt als generelle Fragestellung ebenso im dunkeln wie ihre speziellere Bedeutung für die seehafenverbundene Wirtschaft. Dabei zeigt sich überdies, daß die Kriterien „Kapazitäts- und Einkommenseffekte“ wenig nützlich sind, regionale Verflechtungen zu erklären. Schulz-Hanßen schreibt: „Die Schwierigkeiten der Ermittlung der seehafenverbundenen Wirtschaft liegen in ihrer Ausdehnung in nicht begrenzbar (?) Wirtschaftsräume und in alle Stufen und Zweige des Wirtschaftsprozesses. Es ist weder theoretisch noch praktisch möglich, das Fortwirken der primären Kapazitäts- und Einkommenseffekte zu verfolgen und zu erfassen“ (S. 46). Es ist nun sehr wohl möglich, die Verflechtungsgrade zwischen einzelnen Standorten zu ermitteln (z. B. mit Hilfe der erwähnten basic-non-

basic-Methode) und auf diese Weise zu einer Regionenbildung zu gelangen. Allerdings sind hier andere Kriterien anzuwenden.

Die beiden folgenden Hauptteile („Einzelwirtschaftliche Kennzeichen der Verkehrswirtschaft des Seehafens“ und „Die Organisation der Seehafenverkehrswirtschaft“) enthalten eine sehr ausführliche Darstellung des Leistungserüsts und den Versuch einer ökonomischen Qualifizierung der Leistungen nach ihrer wirtschaftlichen Eigenart, den Nachfragedeterminanten usw. Sie sind informativ und sollen offensichtlich, wie die Verfasserin abschließend bemerkt (S.169), weder „die vielschichtigen Einzelfragen des gesamten Problemkreises erschöpfend ... beantworten“ noch mehr als „Ansätze“ sein. Die Probleme der optimalen Leistungsstruktur und des optimalen Organisationsgrades der Seehafenverkehrswirtschaft müssen noch gelöst werden.

Hellmuth St. Seidenfus, Münster

*Klaus-Jürgen Juhnke*: Die Bedeutung und Gestaltung der Eisenbahnen für den Personenverkehr in Ballungsräumen. Berlin 1966. Duncker & Humblot. 284 S.

Wie Juhnke im Schlußteil seiner Untersuchung (S. 250 ff.) feststellt, hat der Eisenbahnnahverkehr schon seit Ende des 19. Jahrhunderts seinen Monopolcharakter eingebüßt, zunächst durch das Aufkommen der städtischen Verkehrsmittel und später vor allem durch den privaten Automobilverkehr. Die immer mehr zunehmende Ausweitung des privaten Kraftwagenverkehrs sieht sich allerdings auch gewissen Schwierigkeiten gegenüber, „da sich das Straßennetz wegen Mangels an für den Straßenbau benötigten Flächen und wegen der im Verhältnis zur Verkehrsleistung zu hohen Kosten nicht beliebig ausbauen läßt“; deshalb „muß bei fortlaufender und gleichbleibender Entwicklung schon in wenigen Jahren mit einem allgemeinen Verkehrschaos gerechnet werden, wie es heute bereits örtlich anzutreffen ist“ (S. 250). Die Aufgabe der vorliegenden Untersuchung soll es deshalb sein, „einen Ausweg aus dieser Situation zu finden“.

Im ersten Teil werden für die BRD (Stand Ende 1961) neun Ballungsgebiete festgestellt: Hamburg, Bremen, Hannover, Rhein-Ruhr, Rhein-Main, Rhein-Neckar, Stuttgart, München, Nürnberg (S. 19). Für den Personennahverkehr gilt ein Umkreis von etwa 50 km, der im wesentlichen den innerstädtischen Verkehr, den Vorortverkehr und den Nachbarschaftsverkehr enthält.

Im zweiten Teil wird die Einordnung des Personennahverkehrs der Eisenbahn in das Gesamtsystem des öffentlichen Nahverkehrs behandelt, wobei der Verfasser zunächst die technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeiten untersucht (für Personenkraftwagen, S-Bahn, U-Bahn, Omnibus und Straßenbahn) und dann auf die „Abwicklungsmöglichkeiten des Personennahverkehrs durch die verschiedenen Verkehrsmittel“ eingeht; dabei wird u. a. festgestellt, daß in Schweden die auf die Personenkraftwagen entfallende Transport-

leistung — in Personenkilometern gemessen — etwa viermal so groß ist wie die der Eisenbahnen (S. 47)! Wichtig ist auch der Hinweis darauf, daß „hinsichtlich der Bequemlichkeit der Beförderung der Vorortverkehr der Eisenbahn allen städtischen Verkehrsmitteln überlegen“ ist (S. 58).

Sehr interessant sind die Feststellungen, die im dritten Teil bezüglich der Wirkungen der Eisenbahn auf die räumliche Verteilung der Bevölkerung gemacht werden; hier ergibt sich einmal eine zentralisierende Kraft der Eisenbahn, die einwandfrei das schnelle Wachstum der großen Städte ausgelöst hat im Zusammenhang der Konzentration von Wirtschaft und Bevölkerung; andererseits kann man auch von einer dezentralisierenden Kraft der Eisenbahn sprechen, ausgelöst von den heutigen städtebaulichen Konzeptionen, die die Menschenballung einschränken und die Siedlungsflächen stark ausdehnen wollen. Hier spielt vor allem die Entfernung zwischen Wohnort und Arbeitsort eine Rolle, wobei als „zumutbare Grenze“ (S. 78) ein Zeitaufwand von 90 Minuten angesehen wird. Auch hier ist die Eisenbahn den städtischen Verkehrsmitteln überlegen.

In den folgenden Teilen der Untersuchung werden dann eingehend die Möglichkeiten überprüft, die Eisenbahn am Problem der Bewältigung des Personenverkehrs in den Ballungsräumen zu beteiligen; hierbei werden Ergebnisse aus den deutschen Gebieten Hamburg, Stuttgart und Ruhrgebiet sowie aus den ausländischen Gebieten Paris und Kopenhagen herangezogen. Bei den „Zweckmäßigkeitss Gesichtspunkten“ für die Verkehrsgestaltung handelt es sich vor allem um den Streckenverlauf und die Lage der einzelnen Stationen. Weiterhin bleibt wichtig das Problem, wie dieser Eisenbahnverkehr zweckmäßig an gleichbleibende Nachfragen und an Nachfrageschwankungen (saisonale, strukturelle und konjunkturelle Schwankungen) anzupassen ist. Und schließlich wird noch untersucht, wie der Eisenbahnverkehr in tariflicher, zeitlicher, räumlicher und organisatorischer Abstimmung mit den übrigen öffentlichen Verkehrsmitteln und mit dem „Individualverkehr“ koordiniert wird. Vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt ist dabei besonders wichtig die Feststellung, daß „als staatliches Unternehmen die Eisenbahn besonders geeignet ist, gemeinwirtschaftliche Aufgaben der Raumordnung zu übernehmen“ (S. 173). Im Zusammenhang mit der an sich festzustellenden „Unrentabilität des Gesamtnahverkehrs“ hält Juhnke es mit Recht im volkswirtschaftlichen Interesse für erforderlich, „daß die Eisenbahnen einen möglichst großen Teil des Nahverkehrs“ bedienen (S. 195).

Wenn sich diese Untersuchung auch aus verständlichen Gründen eingehend mit den technischen und privatwirtschaftlichen Fragen des Verkehrs befassen mußte, so steht dabei doch im Vordergrund der volkswirtschaftliche Gesichtspunkt der Verkehrsgestaltung, der gerade bei uns in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit der Raumordnungspolitik eine zunehmende Bedeutung gewinnen wird.

Peter Quante, Kiel



*Hasso Hölterling: Die Tarife der Seehafenleistungen. Berlin 1966. Duncker & Humblot. 209 S.*

Die einzelwirtschaftlich optimale Preispolitik sieht sich in der Seehafenwirtschaft vor nicht unbeträchtliche Schwierigkeiten gestellt. Sie resultieren wohl vornehmlich aus den öffentlichen Bindungen, denen ein Wirtschaftsgebilde, wie es der Hafen darstellt, unterliegt (Verfasser spricht von „der oft binnenländisch denkenden Zentralgewalt“ — S. 191). Dazu mögen spezifische Verhaltensweisen treten, die sich aus dem „sozialen Klima“ herleiten.

Bedenkt man, daß die Hafentarife häufig mehr das Produkt einer jahrzehntelangen Entwicklung als ein Ergebnis moderner Preispolitik darstellen, so kann man die Absicht des Verfassers als verdienstvoll bezeichnen. Sie läuft darauf hinaus, preispolitische Maßstäbe einmal für den Fall zu entwickeln, in dem eine einzige Hafenwirtschaft die Seehafenleistung erbringt, zum anderen für den Fall, in dem bestimmte Aufgaben ausgliedert werden.

Den Prinzipien des Tarifaufbaus sind ausführliche Erwägungen gewidmet, wobei auffällt, daß der Begriff „Tarif“, mehr noch aber der Begriff „Gebührentarif“ der Zielsetzung der Studie nicht gerecht werden können; denn optimale Preispolitik verlangt ein hohes Maß an Flexibilität und hat nichts mit Kostenersatz zu tun.

Bei allem dürfte es von einiger Bedeutung sein, die Preispolitik eines Hafens in Abhängigkeit von den preispolitischen Verhaltensweisen konkurrierender Häfen zu sehen. Die dort angewandten Verfahren (Globalausgleich versus engpaßbezogene Preisbildung), vor allem jedoch die Entscheidung für eine Bindung an die „Eigenwirtschaftlichkeit“ werden die Wahl eines optimalen Preissystems nachhaltig beeinflussen.

Hellmuth St. Seidenfus, Münster

*Herbert Schmitz: Die Kostenrechnung der öffentlichen Binnenhäfen und Möglichkeiten eines kostenorientierten Preissystems. Düsseldorf 1967. Verlag Handelsblatt. 141 S.*

Der Verfasser unterzieht die Kostenrechnung und die kostenverursachenden Größen der Binnenhäfen einer eingehenden Analyse, um auf diese Weise zu einem Urteil darüber zu kommen, ob die Preisforderungen der Binnenhäfen an ihre Benutzer sich an Kostenpreisen orientieren oder inwieweit das bestehende Preissystem in diesem Sinne umgestaltet werden kann. Er geht dabei mit dem kosten- und preistheoretischen Instrumentarium der Betriebswirtschaftslehre an die Dinge heran, um zunächst einmal eine vergleichbare Kostenrechnung der Hafenbetriebe zu gewinnen. Anschließend werden die Preisbildungsvorgänge durchleuchtet, die bestehenden Tarife auf ihre ökonomische Substanz überprüft, und schließlich wird zu einer Neuordnung des Preissystems Stellung genommen, wobei die Kosten den entscheidenden Bestimmungsfaktor spielen sollen. Der vom Verfasser

herausgestellte „kostenorientierte Preis“ unterscheidet sich jedoch vom Kostenpreis durch die zusätzliche Berücksichtigung auch nachfrageorientierter Überlegungen, die für die Tarifbildung öffentlicher Binnenhäfen nicht außer Betracht gelassen werden dürften.

Im wachsenden Wettbewerb der Verkehrsträger und neuer Standortkriterien im Rahmen der EWG wird für manche Hafenverwaltung ein Überdenken ihrer Preis- und Tarifpolitik nötig werden; die Untersuchung von Schmitz wird dem Fachmann dabei Anregungen und Hilfe bieten können.

Harald Winkel, Mainz

*Gerhard Kienbaum: Ökonomische Probleme des modernen Stadtverkehrs. Göttingen 1966. Vandenhoeck & Ruprecht. 18 S.*

Der öffentliche Personennahverkehr steht im Mittelpunkt dieses Vortrags, den Kienbaum als Wirtschafts- und Verkehrsminister des Landes Nordrhein-Westfalen gehalten hat. Kienbaum geht von der These aus, daß sich die großstädtischen Verkehrsprobleme nur durch Beschränkung des Personenkraftwagenverkehrs und Förderung der öffentlichen Nahverkehrsmittel lösen lassen, und gibt einen Überblick über die geeigneten verkehrspolitischen Instrumente: Vorschriften der Straßenverkehrsordnung, Staffelung der Arbeitszeiten in Behörden, Schulen und Industriebetrieben, Einschränkung der Dauerparkmöglichkeiten, dadurch Abkappung der vom Berufsverkehr verursachten Verkehrsspitzen, Abstimmung der Bebauungspläne auf die Kapazität der Verkehrswege, Gefälle der Parkgebühren vom Stadtkern zum Stadtrand, höhere Qualität der Leistungen öffentlicher Verkehrsmittel, Verflüssigung des Verkehrs durch Wegeinvestitionen. Mit besonderem Nachdruck setzt sich Kienbaum dafür ein, die chronischen Verluste vieler öffentlicher Nahverkehrsmittel zu bekämpfen. Er weist auf bisher ungenutzte Rationalisierungsmöglichkeiten, auf Chancen der Einnahmensteigerung und auf die Abgeltung von öffentlichen Auflagen hin. Finanzierungsprobleme werden nur am Rande behandelt.

Der schon einige Jahre zurückliegende Vortrag hat kaum an Aktualität eingebüßt. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, daß zur Lösung der innerstädtischen Verkehrsprobleme in der Zwischenzeit nur recht wenig geschehen ist. Von den genannten verkehrspolitischen Instrumenten sind nur wenige — noch dazu oft unzulänglich — genutzt worden. Auch das schon 1964 vorgelegte Gutachten einer Sachverständigen-Kommission, die dem Bundestag Vorschläge für die Verbesserung der kommunalen Verkehrsverhältnisse unterbreitete, ist bisher ohne Wirkung geblieben, was Kienbaum hauptsächlich auf ungeklärte Zuständigkeitsfragen, Unklarheiten über die Finanzierung und die ausstehende Finanzreform zurückführt. Auch wenn viele wichtige Fragen in der vorliegenden kleinen Schrift nur angedeutet werden konnten, gibt sie doch einen gut informierenden Gesamtüberblick.

Walter Hamm, Marburg

*Walter Weddigen: Grundzüge der Gewerbepolitik (Handwerks-, Industrie- und Energiewirtschaftspolitik). Berlin 1967. Duncker & Humblot. 162 S.*

Im Vorwort seiner „Grundzüge der Allgemeinen Volkswirtschaftspolitik“ (Wiesbaden 1966) hatte Weddigen eine Folge ebenso kurzgefaßter Lehrbücher über Einzelbereiche der Besonderen Volkswirtschaftspolitik angekündigt. Den Beginn macht dieser Grundriß der Gewerbepolitik, der bei dem Mangel an neueren einschlägigen Gesamtdarstellungen — auch die ausgezeichneten Handwörterbuchartikel von *Tautscher* und *Wessels* helfen nicht darüber hinweg — doppelt zu begrüßen ist.

Das sowohl als praktisches Tätigkeitsfeld wie auch als Wissenschaftszweig weitgespannte Gebiet der Gewerbepolitik wird im ersten Abschnitt des Buches einer eingehenden begrifflich-systematischen, institutionellen, ertragstheoretischen und quantitativen Betrachtung unterzogen. Anschließend befaßt sich Weddigen mit den Sonderbereichen der Handwerkspolitik, des Heimarbeitsgewerbes, der Industriepolitik sowie der Bergbau- und Energiewirtschaftspolitik und behandelt jeweils nach den unerläßlichen terminologischen und Abgrenzungsfragen alle wesentlichen ordnungs-, struktur- und entwicklungspolitischen Branchenprobleme, wobei auch die geschichtlichen Perspektiven und die unterschiedlichen heutigen Gegebenheiten in West- und Mitteldeutschland zur Sprache gebracht werden. Darüber hinaus finden die außenwirtschaftlichen Aspekte und die Konzentrationstendenzen angemessene Beachtung. Erklärlicherweise nehmen der handwerks- und der industriepolitische Abschnitt den größten Umfang ein; in der Zeitnähe der deskriptiv-kritischen Linienführung steht keines der Kapitel zurück, wenn auch der Natur der Sache nach die Diagnose der Energieversorgung besonderes aktuelles Gewicht besitzt.

Nach Meinung des Rezensenten hat der Verfasser in diesem Buch die vom Volumen her abgesteckten materialen Aussagemöglichkeiten noch besser genutzt als in seinem obenerwähnten allgemeinen Einführungsband, der sich allerdings mit einem erheblich geringeren Umfang bescheiden mußte. Auch das literatur- und quellenkundliche Inventar im Text hat von diesem weiteren Spielraum profitiert — ein abermaliger Beweis dafür, daß es auch bei Lehrbüchern ein Minimalgrößen- und Nutzwelkenphänomen gibt.

Antonio Montaner, Mainz

*Eberhard von Wangenheim: Die Wirkungen zwischenstaatlichen Kapitalverkehrs auf Wechselkurse und Zahlungsbilanzen. Eine theoretische Untersuchung. Berlin 1968. Duncker & Humblot. 137 S.*

Im Vergleich zur Theorie der Leistungsbilanz hat man sich in der Literatur mit der Theorie der Kapitalbilanz nur wenig beschäftigt. Das hat den Verfasser zu der vorliegenden Studie veranlaßt, die der Frage nachgeht, wie internationale Kapitalbewegungen (insbesondere Kapitalexporte) Wechselkurs und Zahlungsbilanz beeinflussen.

Im ersten Hauptteil bringt v. Wangenheim eine Systematik der verschiedenen Arten der Kapitalexporte und deren Bestimmungsgründe. Der zweite Teil ist dem Einfluß des Kapitalverkehrs auf den Wechselkurs gewidmet, wobei im ersten Schritt von einem System flexibler Kurse ausgegangen wird. Zunächst unterstellt der Verfasser, daß die Zahlungsbilanz nur Posten der Leistungsbilanz umfaßt. Der Wechselkurs stellt sich dann dort ein, wo das auf den Export zurückgehende Devisenangebot mit der aus dem Import resultierenden Devisennachfrage übereinstimmt. Anschließend wird untersucht, wie sich dieser Kurs ändert, wenn Kapitalexporte einsetzen. Dabei unterscheidet der Verfasser nach Art der Kapitalbewegungen (z. B. Reparationen, Kapitalflucht, Portfolio-Investitionen etc.) und nach den Erwartungen, die die Kapitalexporteure an die zukünftige Entwicklung des Wechselkurses knüpfen. Warum die gleichen Überlegungen sodann für ein System gebundener Währungen angestellt werden, ist dem Rezensenten unklar geblieben. Wenn nämlich der Wechselkurs tatsächlich (absolut) fest ist, dann ist die Frage, wie er durch Kapitalexporte beeinflußt wird, überflüssig, was der Autor an anderer Stelle (S. 126) selbst zugeibt. Läßt man aber Bandbreiten zu, ist der Kurs also nur in bestimmten Grenzen fixiert, dann kann man innerhalb dieses Bereiches von einem flexiblen Kurs sprechen. Dafür würde aber all das gelten, was der Verfasser für flexible Wechselkurse hergeleitet hat.

Der dritte Teil der Arbeit behandelt den Einfluß von Kapitalbewegungen auf die Zahlungsbilanz. Hierbei geht es dem Autor vor allem darum, welche Mechanismen dafür sorgen, daß eine ursprünglich ausgeglichene Zahlungsbilanz nach erfolgtem Kapitalexport wieder ins Gleichgewicht kommt. In diesem Zusammenhang werden zunächst der Geldmengen-Preis- und der Zins-Kredit-Mechanismus behandelt. Anschließend fragt der Autor, was *Stützels* Theorie über den Zahlungsbilanzausgleich durch Abstimmung der Kreditkonditionen leistet. Schließlich wird untersucht, wie der Ausgleich mit Hilfe des Geldmengen-Einkommen-Mechanismus bewerkstelligt werden kann. In diesem Abschnitt werden vor allem die Erkenntnisse der Transfertheorie berücksichtigt, wie sie von L. A. Metzler, F. Machlup und H. G. Johnson hergeleitet worden sind. Die Überlegungen zum Einkommensmechanismus halte ich für die gelungensten und anregendsten Passagen der Arbeit, wobei auch die klare Darstellung und Beweisführung zu erwähnen sind.

Wer von der vorliegenden Arbeit erwartet, der Autor werde die tatsächlich nicht sehr befriedigende Theorie der internationalen Kapitalbewegungen um einige neue Erkenntnisse bereichern, der sieht sich nach der Lektüre enttäuscht. Zwar muß man v. Wangenheim bescheinigen, daß er den Stand der Theorie und die ungelösten Probleme sehr sorgfältig und eingehend dargestellt hat, wo aber „Neuland“ zu betreten war, da hat der Autor offenbar den entscheidenden Schritt gescheut. So werden — um ein Beispiel zu nennen — der „elasticity approach“ und der „income approach“ ausführlich erörtert; zu der interessantesten und bis heute weitgehend ungeklärten Frage, wie man

beide Ansätze zu einer geschlossenen Theorie vereinen könne, äußert sich der Verfasser nicht. Wer mit den Problemen der Theorie des Kapitalexportes vertraut ist, dem bringt die Arbeit nicht viel Neues. Wer jedoch eine Einführung in dieses interessante Gebiet sucht, dem kann man die Studie durchaus empfehlen.

Rolf Peffekoven, Mainz

*Hans-Joachim Jarchow: Theoretische Studien zum Liquiditätsproblem.* Tübingen 1966. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). V, 191 S.

In dieser Schrift wird im ersten Teil das einzelwirtschaftliche Liquiditätsproblem zunächst allgemein und dann speziell für private und öffentliche Haushalte, Produktionsunternehmen, Kreditinstitute und Zentralbanken behandelt. Der Verfasser geht von gegebenen Zeitreihen für Ein- und Auszahlungen aus und definiert den Bedarf an liquiden Mitteln (Zahlungsmitteln) zu jedem Zeitpunkt als Differenz zwischen kumulierten Auszahlungen und kumulierten Einzahlungen. Hierbei können grundsätzlich Kassenüberschüsse und Kassendefizite auftreten; der Verfasser betrachtet aber dann nur Defizite in dem folgenden speziellen Beispiel, mit dem die Abhängigkeit der Nachfrage nach Geld zu Transaktionszwecken vom Zinssatz gezeigt werden soll. Diese Erkenntnis ist keineswegs neu (W. J. Baumol, J. Tobin), andererseits sind die Annahmen des Verf. so speziell, daß damit keine allgemeine Theorie gewonnen werden kann. Sogar das Beispiel des Verf. (S. 18/19) ist widersprüchlich, da er zunächst von gegebenen Ein- und Auszahlungsreihen ausgeht, dann aber das Minimum der Finanzierungskosten bei Variationen des Zahlungsabstandes bestimmt, wodurch die Voraussetzung gegebener Ein- und Auszahlungsreihen aufgehoben ist. Da die Höhe der einzelnen Ein- und Auszahlungen dabei unverändert bleibt, ändert sich durch diese Variation sogar die Summe der Ein- und Auszahlungen in dem betrachteten Zeitraum.

In gesamtwirtschaftlicher Sicht ist die Höhe des Geldbedarfes der Volkswirtschaft zu bestimmen. Der Verf. versucht dies im zweiten Teil der Arbeit mit Hilfe von Periodendefiziten liquider Mittel von zu Gruppen zusammengefaßten Wirtschaftseinheiten. Auch hier wird kommentarlos unterstellt, daß nur Defizite und keine Überschüsse vorliegen (S. 93, 95). Auf die vielfältigen Einwendungen gegen die Benutzung der Periodendefizite weist der Verfasser selbst hin; vor allem läßt sich aber von diesem Ansatz aus keine logische Verbindung zur gesamtwirtschaftlichen Geldmenge herstellen und somit auch kein Bestimmungsgrund für den Geldbedarf finden. Dazu kann man von den einzelwirtschaftlichen Ein- und Auszahlungen ausgehen und diese mit einem Faktor multiplizieren. Unter der Voraussetzung gleichbleibender Verteilung der Zahlungen verändert sich dann das einzelwirtschaftliche Periodendefizit um den gleichen Faktor. Der Verfasser möchte hierin aber keinen zwangsläufigen Zusammenhang zwischen der Höhe der Transaktionskasse und dem Umsatz sehen. Er meint vielmehr: „Die erforderliche Transaktionskasse ist primär nur eine Funktion der Abweichung vom Zahlungsgleichschritt und keine Funk-

tion des Niveaus der Zahlungen“ (S. 102). Aus dem Vorhandensein einer zweiten unabhängigen Variablen kann aber nicht geschlossen werden, daß die erste ohne Einfluß ist. Da der Zahlungsgleichschritt jedoch eine vorwiegend strukturell bestimmte Größe ist, darf man für kurzfristige Analysen sogar seinen Einfluß vernachlässigen.

Für die internationale Liquidität führt der Verf. eine formal der skizzierten entsprechende Analyse durch und kommt auch dort zu ähnlichen Überlegungen (S. 175). Insgesamt zeigt sich jedoch bei der Behandlung der internationalen Liquidität im dritten Teil, daß deren Probleme sich materiell stark von denen der nationalen Liquidität unterscheiden.

Einen interessanten Exkurs bietet der Verfasser über die Zentralbankpolitik auf dem Devisenterminmarkt. Es handelt sich um schon recht weitgehende Ansätze zu einer Theorie des Devisenterminmarktes. Störend wirken einige Nachlässigkeiten bei der Formelschreibung. So ist das Betragszeichen bei der Angabe von Vorzeichen sinnlos (S. 129/131), und auf S. 131 oben sind die Formeln falsch. In Figur 21 a auf S. 138 sind die Kurven und die Punkte auf der TK-Achse nicht erklärt.

Jürgen Franke, Berlin

*Rainer Hellmann: Amerika auf dem Europamarkt. US-Direktinvestitionen im Gemeinsamen Markt. Baden-Baden 1966. Nomos Verlagsgesellschaft. 237 S.*

Das Problem der Investitionstätigkeit amerikanischer Unternehmer in Europa ist nicht neu. Es ist daher überraschend, daß sich sowohl die amerikanische wie auch die europäische Literatur erst seit wenigen Jahren mit diesem Thema ausführlich auseinandersetzt. Unter den zahlreichen inzwischen hierzu erschienenen Büchern verdient die gründliche und wohlthuend sachliche Arbeit von Hellmann besonders hervorgehoben zu werden.

Der Verfasser sieht in der besonderen Empfindlichkeit der europäischen Seite gegenüber dem Eindringen amerikanischen Kapitals in Europa in erster Linie ein politisches und erst in zweiter ein wirtschaftliches Phänomen. Dieser These wird man nicht ohne weiteres beipflichten können, da das Problem der US-Investitionen in Europa zu viele Facetten hat, um Ursache und Wirkung im auf beiden beteiligten Seiten oft mit unerfreulich heftiger Polemik geführten Streit der Meinungen klar erkennen zu lassen.

Das Schwergewicht seiner Untersuchung legt der Autor auf die allgemeinen wirtschaftspolitischen Aspekte der amerikanischen Investitionen in Europa und geht nur am Rande auf mehr betriebswirtschaftlich gelagerte Probleme ein. Eingekleidet in zehn Themenkreise werden die wichtigsten quantitativen und qualitativen Faktoren ausführlich dargestellt und analysiert: Umfang, branchen- und ländermäßige Verteilung im Zeitverlauf, wirtschaftssoziologische Momente, das Verhältnis der amerikanischen Tochtergesellschaften zur europäischen

Wirtschaftspolitik, der durch die amerikanischen Direktinvestitionen verursachte technologische Beitrag, Unternehmensgröße und Wettbewerb, Finanzierungsmethoden sowie schließlich monetäre und fiskalische Aspekte.

Zum Verständnis des Wesens internationaler Kapitalbewegungen trägt der Autor bei, indem er in einem besonderen Kapitel die aufgezeigten amerikanischen Direktinvestitionen mit den von den EWG-Ländern in den USA erfolgten Investitionen vergleicht. Die Arbeit gipfelt im Abstecken eines Aktionsrahmens für eine bisher noch fehlende gemeinsame EWG-Politik gegenüber Investitionen aus Drittländern. Hellmann führt aus, daß die wirtschaftlichen Fakten und die Europäischen Verträge einer solchen gemeinsamen Politik enge Grenzen setzen. Ferner weist er darauf hin, daß die gegenseitige volkswirtschaftliche Verflechtung zwischen Amerika und Europa bereits so eng sei, daß jede einseitige europäische Beschränkung auf Europa zurückschlagen müßte.

Die Wiedergabe des Originaltextes der Vorschläge der EWG-Kommission auf dem Gebiet der ausländischen Kapitalanlagen, ein statistischer Anhang sowie ein ausführliches Literaturverzeichnis ergänzen die wohlabgewogene Studie vorteilhaft.

Klaus-Heinrich Standke, Paris

*Reinhold Exo*: Die Entwicklung der sozialen und ökonomischen Struktur der Ersparnisbildung in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 410 S.

Die Untersuchung über die soziale und ökonomische Struktur der Ersparnisbildung, die Exo hier nach gründlicher Aufbereitung des verfügbaren statistischen Materials — in 84 Tabellen werden die Ergebnisse übersichtlich gemacht — vorlegt, füllt eine echte Lücke, die bislang vor allem von jenen empfunden wurde, die sich mit den Formen und Ergebnissen einer breit gestreuten Vermögensbildung zu befassen hatten. Die Aufgabe klingt zunächst einfach: In welchem Maß haben die drei sozialen Gruppen, Selbständige, Unselbständige und Öffentliche Hand, an den einzelnen Sparformen (Kontosparen, Bausparen, Versicherungssparen, Wertpapiersparen, hinzu kommen Sonderbereiche wie Ersparnis der Sozialversicherung, der Gebietskörperschaften, der Unternehmungen) und damit dann auch an der Gesamtersparnis partizipiert? Neben diesen rechnerischen Teil tritt dann der Versuch, die einzelnen Gründe für die Schwankungen in der Ersparnisbildung insgesamt sowie bei den einzelnen Gruppen und den einzelnen Sparformen zu analysieren.

Beiden Aspekten wird der Verfasser in seiner Arbeit mit großer Sorgfalt gerecht. Viele seiner Erkenntnisse wurden zwar bisher schon als Vermutung hingenommen — so der starke Einfluß gesetzlicher Maßnahmen auf die Ersparnisbildung in den Unternehmen, auf das Bausparen der Privaten u. a. —, aber erst in dieser gegenüberstellenden Betrachtung werden Annahmen zur Gewißheit. Auch die beson-

dere Situation Deutschlands nach dem Krieg und die von ihr ausgehenden Einflüsse werden vom Verfasser herausgestellt — daran wird deutlich, daß die Untersuchung, die das Jahrzehnt von 1950 bis 1960 umfaßt, auch historischen Charakter hat, daß alle Erkenntnisse für Motive und Umfang der Ersparnisbildung jener Zeit nicht auch für heute gelten müssen. Das aber schmälert nicht das Verdienst des Verfassers, Zusammensetzung, Umfang und Herkunft der Ersparnisse in einer guten Zusammenschau aufbereitet zu haben. Der glänzende Textteil des Buches, in dem sonst immer ermüdende Prozentzahlen und Vergleiche auf das unumgängliche Maß beschränkt wurden, wird von dem allein 176 Seiten umfassenden statistischen Anhang getrennt, der alle Tabellen mit sorgfältigen Quellenangaben enthält. Somit kann der Leser sich einen guten Überblick verschaffen, ohne gleich in statistisches Detail gehen zu müssen.

Harald Winkel, Mainz

*Dieter Stolte: Zur Frage der Gemeinnützigkeit der Sparkassen. 2. Aufl. Göttingen 1967. Otto Schwartz & Co. V, 361 S.*

Der Untersuchung des Verfassers liegt eine sehr eingehende Analyse der gesellschaftspolitischen Bedeutung der Sparkassen in unserer modernen Industriegesellschaft zugrunde. Er betrachtet bewußt die Frage ihrer Gemeinnützigkeit losgelöst von konkurrenzwirtschaftlichen Gesichtspunkten, während in der Literatur und Diskussion man gerade vom Aspekt der Konkurrenz aus an das Problem herangeht. Stolte weist nach, daß dadurch die heutige gesellschaftspolitische Bedeutung der Sparkassen verdunkelt wird. Denn bei konkurrenzwirtschaftlicher Sicht geht man entweder von einer zu weiten oder zu engen Definition der Gemeinnützigkeit aus. Eine weite Fassung des Begriffs — etwa als soziale Zweckbestimmung — oder die enge Definition — Verzicht auf Gewinnmaximierung — führen notwendigerweise zu Konflikten hinsichtlich der Begrenzung der Gemeinnützigkeit auf die Sparkassen, da auch private Kreditinstitute sowohl eine soziale Ordnungsaufgabe erfüllen als auch ihr Ziel der Gewinnmaximierung an den gleichberechtigten Zielen der Sicherheit und Liquidität abzugrenzen haben. Der konkurrenzwirtschaftliche Aspekt vermag daher die spezifische Gemeinnützigkeit der Sparkassen nicht klarzulegen.

Stolte kommt in Anlehnung an Gerhard Weisser zu der Auffassung, daß es einen zeitlos und wertneutral bestimmten materiellen Begriff der Gemeinnützigkeit nicht geben kann, daß sein Inhalt vielmehr dem historischen Wandel unterliegt und für die gegebene Zeit durch konkrete zeitbezogene Normen umrissen werden muß.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht daher die Frage, ob und gegebenenfalls in welcher Weise die Sparkassen für die Verwirklichung des heute gemeinnützig Gewollten von besonderem Wert sind. Stoltes sehr eingehende und gut begründete Analyse führt etwa zu dieser Schlußfolgerung: Innerhalb unserer auf Gerechtigkeit und Wohlstand ausgerichteten wettbewerbpolitischen Marktwirtschaft kommt den öffentlich-rechtlichen Institutionen, speziell den Sparkassen, die Position



eines sozialen Korrektivs gegenüber den rein marktwirtschaftlichen Trägern zu. Gerade durch diese dezentralisierten kommunalen Institute wird die Bankwirtschaft vor der möglichen Alternative einer Verstaatlichung bewahrt.

Hella Schmedes, Münster

*Peter Schachner-Blazizek: Finanzausgleich in Österreich. Graz 1967. Leykam-Verlag. 162 S.*

Der Verfasser behandelt den neuen Finanzausgleich in Österreich unter Berücksichtigung aller nach dem Stand der Gesetzgebung bis zum 15. August 1967 eingetretenen Veränderungen. Dies bedeutet, daß in der Veröffentlichung der gesamte derzeit in Geltung stehende Finanzausgleich berücksichtigt wurde.

Die Arbeit gliedert sich in drei ungefähr gleich große Teile: Der erste Teil (52 Seiten) umfaßt die allgemeinen und geschichtlichen Grundlagen, der zweite (50 Seiten) den in Geltung stehenden Finanzausgleich. Im Gegensatz zu diesen finanzrechtlichen Darstellungen ist der dritte Teil (40 Seiten) eine finanzpolitische Studie, die der Erfassung und Kennzeichnung jener fundamentalen Zusammenhänge dient, die zwischen dem Finanzausgleich und allen anderen Bereichen von Gesetzgebung, Verwaltung und Wirtschaft bestehen.

In der geschichtlichen Darstellung der Entwicklung ist es dem Verfasser gelungen, ihre großen Züge, die durch wirtschaftliche Rücksichten und einen nicht zu leugnenden zentralistischen Zug geleitet, unter mancherlei Rückschlägen zum System der „verbundenen Steuerwirtschaft“ in Form der einheitlichen Erzielung, aber getrennten Verwendung der wichtigeren Steuereinnahmen geführt haben, herauszuarbeiten. Zahlenübersichten vervollständigen das Gesamtbild.

In der anschließend dargestellten geltenden Ordnung stellt der Verfasser die materiellen Wirkungen des geltenden Finanzausgleichs auf die Haushalte der Gebietskörperschaften in den Vordergrund. Auch hier werden die Ergebnisse durch Daten beleuchtet. Er gelangt dabei zu dem im wesentlichen sicherlich richtigen Ergebnis, daß das geltende Recht dem letzten Ziel, innerhalb der Gebietskörperschaft eine gleichmäßige Bedarfsbefriedigung zu erreichen, im großen und ganzen entspricht. Daß dieser Teil der Darstellung verschiedentlich auch durch kritische Bemerkungen beleuchtet wird, vermag den Wert der Arbeit nur zu heben.

Der letzte Teil ist, wie der Verfasser in seinem Vorwort selbst schreibt, keine Darstellung, sondern eine Andeutung der den Finanzausgleich berührenden und ständig beeinflussenden Gegebenheiten. Hier wird insbesondere auch auf das sogenannte „Förderungsprogramm der Bundesländer“, über das zwischen Bund und Ländern seit 1963 verhandelt wird, näher eingegangen.

Schade ist, daß der Veröffentlichung der Text des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 und des Finanzausgleichsgesetzes 1967 nicht zumindest anhangsweise angeschlossen wurde. Der Vollständigkeit des

Literaturverzeichnisses halber wäre es auch wünschenswert gewesen, sämtliche Werke des Nestors des Österreichischen Finanzausgleichs, des im Jahre 1959 verstorbenen Richard *Pfandler*, zu zitieren.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß der Verfasser über eine tiefe und seltene Kenntnis des Österreichischen Finanzausgleichs, seiner Geschichte und gegenwärtigen Gestalt verfügt und daß ihm die in seinem Rahmen auftauchenden grundsätzlichen Fragen in ihrem Wesen und ihrer Wichtigkeit für das Gemeinwohl völlig klar sind.

Adolf Teißl, Wien

*Jürgen Pätz*: *Steuersysteme und Steuerpolitik in Entwicklungsländern*. Göttingen 1966. Otto Schwartz & Co. XII, 178 S.

Die aus dem Ibero-Amerika-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität Göttingen hervorgegangene Untersuchung setzt sich zum Ziel, in einer vergleichenden Betrachtung der bestehenden Steuersysteme die Bedingungen und Probleme der Besteuerung in Entwicklungsländern zu analysieren. Der Verfasser beschränkt sich jedoch nicht auf die empirische Analyse, sondern stellt sein Konzept in den weiteren Rahmen der Wachstumspolitik, aus dem er dann Zielsetzungen und Reformmöglichkeiten der Besteuerung entwickelt.

Die Notwendigkeit ergiebiger und zugleich den Wachstumserfordernissen angepaßter Steuersysteme stützt der Verfasser einleitend vor allem mit dem Argument, daß weder die Dotationen und Kredithilfen der Industrieländer ausreichend vorhanden seien, noch es für die Entwicklungsländer sinnvoll sei, auf diese Hilfen weitgehend zu vertrauen. Den Entwicklungsländern wird also eine verstärkte „Selbstfinanzierung“ ihres Wachstums über Steuern empfohlen, und zwar als Alternative zum Kapitalimport. Diese diskussionswürdige, aber gewiß auch umstrittene These müßte m. E. durch den Hinweis auf den Zusammenhang zwischen einem leistungsfähigen Steuersystem und dem Kapital-, insbesondere Kreditimport ergänzt werden. So dürfte ein ergiebiges und wachstumsorientiertes Steuersystem vielfach erst die Voraussetzungen für einen umfangreicheren privaten wie öffentlichen Kapitalimport schaffen.

Nach weiteren einleitenden Bemerkungen über die Charakterisierung der Entwicklungsländer sowie die Begriffe Steuer und Steuersystem gelangt der Verfasser zu den Hauptabschnitten seines Werkes, die er als lage-, ziel- und mittelanalytische Teile bezeichnet. Während in den politisch-normativen Abschnitten (Ziele und Mittel) eine Gliederung nach verschiedenen Entwicklungsländertypen betont wird, ist der Verfasser bei der Analyse der gegenwärtigen Steuersysteme bemüht, die Gemeinsamkeiten in deren Entstehungsgeschichte, in deren Struktur und Determinanten herauszustellen. Da die vergleichende Betrachtung auf westlich bzw. marktwirtschaftlich orientierte Länder, die fast ausnahmslos früher einmal unter Kolonialherrschaft standen, beschränkt wird, ließen sich übereinstimmende Bestimmungsfaktoren

am ehesten herausarbeiten. So wird z. B. aufgezeigt, daß die Steuerfassungen der Entwicklungsländer noch heute sehr deutliche Verwandtschaften mit denen ihrer früheren europäischen Mutterländer aufweisen. Jedoch habe sich die ursprüngliche finanzpolitische Bedeutung der überkommenen Steuerreformen unter den Bedingungen der Selbständigkeit entscheidend verschoben. Eine in der Kolonialzeit festzustellende parallele Evolution der Steuersysteme in den Kolonien mit denen in den Mutterländern sei mit der Erlangung der Unabhängigkeit unterbrochen worden. Während diese ihr Steuersystem zum dominanten Personalsteuersystem weiterentwickelten, habe in jenen Ländern ein Erosionsprozeß die direkten Steuern bedeutungslos werden lassen und die indirekten Steuern übermäßig zur Geltung gebracht. Die Darstellung des Verfassers erweckt hier den Eindruck, als sei dieser Prozeß vorwiegend eine beklagenswerte Folge der Dekolonisation. Man muß sich jedoch vor Augen halten, daß selbst unter den Bedingungen der Kolonisation der fortschreitenden Rezeption europäischer Steuersysteme viele Hindernisse im Wege standen. Zahlreiche Faktoren, die die effektive Struktur der Steuersysteme in den Entwicklungsländern heute bestimmen und denen Pätz auch in der weiteren Analyse nachgeht, waren natürlich auch unter der Kolonialherrschaft wirksam und hätten eine parallele Entwicklung der Steuersysteme erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht.

Zu den Determinanten der Steuersysteme in den Entwicklungsländern zählt Pätz insbesondere ökonomische (Niveau des volkswirtschaftlichen Durchschnittseinkommens, Grad der Natural- und Geldwirtschaft), politisch-administrative Rahmenbedingungen (schwache und labile staatliche Führung, schlechte Finanzverwaltung) und sozio-kulturelle Einflußfaktoren (Struktur der vorindustriellen Gesellschaft, niedriges Bildungsniveau, „schlechte“ Steuermentalität), wobei diese Determinanten allerdings in einem bestimmten gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis stehen, was der Verfasser zwar bemerkt, aber nicht weiter diskutiert.

Zusammenfassend wird an den Steuersystemen der Entwicklungsländer deren oft sinnlose Komplexität und geringe Wachstumselastizität demonstriert; infolge ihrer häufig festzustellenden Außenhandelsintensität seien die öffentlichen Einnahmen unerwünschten Schwankungen ausgesetzt und wirkten insgesamt stark regressiv, was hauptsächlich mit der dominanten Stellung der indirekten Besteuerung erklärt wird.

Nachdem sich Pätz noch mit sinnvollen Zielsetzungen der Steuerpolitik in Entwicklungsländern auseinandergesetzt hat, erörtert er im letzten und vierten Teil die Reformmöglichkeiten, wobei er „Stufen der Steuerreform im Wachstumsprozeß“ unterscheidet.

Mit dem beschriebenen Konzept bietet Pätz eine „Steuerlehre für Entwicklungsländer“, in die eine Fülle von Materialien und Ergebnissen von Einzelstudien eingearbeitet wurde. Die ausführliche Berücksichtigung der politisch-administrativen und sozio-kulturel-

len Einflußfaktoren ist besonders zu begrüßen. Ist man sich jedoch des entscheidenden Gewichtes dieser Rahmenbedingungen bewußt, so muß man den — zumindest kurzfristig — utopischen Charakter mancher von Pätz vorgeschlagenen Steuerreformmöglichkeiten erkennen. Nicht nur die gegenwärtigen und als unzulänglich kritisierten Steuersysteme, sondern auch die Chancen für eine wachstumsorientierte Steuerreform sind ja eng mit den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen und deren Wandelbarkeit verbunden.

Klaus Tiepelmann, Köln

Wissenschaft und Praxis. Festschrift zum zwanzigjährigen Bestehen des Westdeutschen Verlages 1967. Köln und Opladen 1967. Westdeutscher Verlag. 392 S.

Die Festschrift des 1947 von Friedrich Middelhaue gegründeten Unternehmens, das sich zu einem der führenden westdeutschen Verlage für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften entwickelt hat, vereinigt 19 Beiträge namhafter Wissenschaftler, die dem Verlag schon seit mehreren Jahren verbunden sind.

Den Wirtschaftswissenschaften einschließlich der Statistik sind elf Aufsätze gewidmet; die Soziologie und Politische Wissenschaft sind mit sieben Abhandlungen vertreten. Dem aktuellen Gebiet der „Forschungspolitik in der Industriegesellschaft“ gelten die Ausführungen Leo Brandts.

Die Mehrzahl der Autoren behandelt Themen, die sich mit Fragen der geplanten und prognostizierten Zukunft beschäftigen. Hierzu zählen die Betrachtung Leopold von Wieses über „Gesellschaftslehre und Kulturwandel“, die Analyse von „Zeitbewußtsein und sozialem Wandel“ (René König) und die Darlegung „Zu einer Theorie der Planung“, die Friedrich H. Tenbruck durch eine „Theorie der planenden Gesellschaft“ fundiert sehen möchte, da sich erst mit einer solchen soziologisch konzipierten Theorie zwischen primärer, d. h. schöpferischer, und sekundärer, sich als Folge der primären Zielsetzung ergebender Planung historisch verständlich differenzieren läßt. Tenbruck hält die unternehmerischen Planungen für den „Kern der primären Planungen“ (S. 132), was der Schumpeterschen Betonung des Innovators entspricht.

Einen Überblick und Ausblick der „Berufsanalyse und Berufsprognostik in der Berufsberatung“ gibt Fritz Molle. In engem Zusammenhang mit den von Molle angeschnittenen Aufgaben steht die Automation, deren wirtschaftliche Auswirkungen Theodor Wessels skizziert (Wirtschaftswachstum und technischer Fortschritt; entnommen aus: „Die Automation — unsere Aufgabe“). — „Die Überwindung der Ungewißheit“ scheint nach Günter Menges' Ansicht prinzipiell nicht möglich. Dieses Ergebnis resultiert aus einer Interpretation, die in der rapide wachsenden Menge des Wissens und seiner sukzessiv damit steigenden Verstreuung, die es für eine größer werdende Zahl von Menschen unzugänglich macht, ein dialektisches Verhältnis (S. 370) erkennt.

Die Politologen *Ellwein*, *Stammer* und *Hermens* widmen sich Fragen der Durchsetzung rationaler Prinzipien in parlamentarischen Demokratien unter den Aspekten der Möglichkeit einer praktikablen (innenpolitischen) Regierungslehre, der wissenschaftlichen Beratung des Politikers und der Rolle der Massenkommunikationsmittel in der Stimulierung zu rationalem und irrationalem Verhalten.

Methodologische Erörterungen bilden das Zentrum der Aufsätze von Sigurd *Klatt* (Abstraktionsgrad und Realitätswert der Wirtschaftstheorie), Friedrich *Fürstenberg* (Zur Kritik der Betriebsklima-Forschung), Dieter *Schneider* (Theoretisches und praktisches Denken in der Unternehmensrechnung) und Horst *Albach* über „Stand und Entwicklungstendenzen der Unternehmensforschung in Deutschland“. Als Ergänzung des letztgenannten Referates kann Adolf *Adams* Darstellung „kybernetischer Probleme im Industriebetrieb“ gesehen werden.

Schließlich sind noch drei Beiträge zu nennen, die sich mit Einzelfragen befassen. Robert *Nöll von der Nahmer* (Währungspolitisches Instrumentarium und aktuelle Wirtschaftspolitik) und Karl *Hax* (Mitbestimmung als organisatorisches Problem) äußern sich zu zwei Gebieten, die auch im politischen Tagesgeschehen diskutiert werden. — Über die Bedeutung der Dynamischen Bilanz in der neuesten Bilanzdiskussion berichtet Hans *Münstermann*.

Karl Georg Zinn, Mainz

*Georg Nowotnick*: Humor um Berliner Gelehrte. Berlin 1966. Duncker & Humblot. 261 S. mit 11 Abb.

Mit dem Humor gelehrter Köpfe hat es seine eigene Bewandnis. Ist doch der zerstreute oder Kathederblüten um sich streuende Professor allemal ein Leckerbissen für die selektive Merkfähigkeit seiner Studiosi und für die Lachlust der breiten Menge, die den wirklichen oder vermeintlichen Grübler, Stubenhocker und Bücherwurm ohnehin erheiternd findet, und bekanntermaßen hat es neben dem ob seiner rhetorischen Fehlleistungen berühmt gewordenen Johann Georg *Galletti* noch andere Zierden unseres Standes gegeben, die sich weniger durch ihre wissenschaftliche Ernte als durch die unfreiwillige Komik ihrer Aussprüche einen Namen gemacht haben.

Die hier von Georg Nowotnick liebevoll gesammelten Proben Berliner Gelehrtenhumors drücken indessen das aktive Verhältnis der Gelehrtenschaft zum freiwilligen, spontan-gezielten Humor aus, der zwar des auch etymologisch vom Wissen herstammenden Witzes aller Schattierungen nicht entraten kann, aber aus der so ganz menschlichen geistig-seelischen Einstimmung angespannten Denkens geboren wird, das, um nicht zu erschlaffen, immer wieder der lösenden und neukräftigenden Heiterkeit des Intellekts und des Gemüts bedarf, weswegen diese Species Humor vornehmlich auf dem Berufsfeld sprießt.

Sicherlich hätte der Herausgeber mit solchen und ähnlichen Reflexionen eine weit ausholende Rechtfertigung seiner Anekdoten-

lese unternehmen können, wenn es ihm um gelehrten Humor und nicht um Gelehrtenhumor gegangen wäre. Doch von der löblichen Absicht aus, mit seinen Histörchen dem Leser Nahrung zum Lachen zu geben und es ihm nicht abzugewöhnen, durfte er — auch um sich die Gunst des Publikums zu bewahren — von einer solchen Einführung in Natur und Ursachen des akademischen Humors Abstand nehmen. Immerhin macht das launig zugeschliffene Vorwort klar, daß es tiefeschürfende Abhandlungen über Wesen, Wert und Wirkungen des Humors in seinen sämtlichen Spielarten schon seit der Antike gibt, daß der Humor bedeutsame erkenntnistheoretische, wissenssoziologische und cerebralthygenische Funktion ausübt (Nowotnick hütet sich wohlweislich, dies so verhängen zu formulieren) und worin die Eigenart des Berliner Humors besteht, der auch vielen nicht dort bodenständigen Gelehrten alsbald aufgegangen ist, nachdem sie an der Hohen Schule Spreeathens heimisch geworden waren.

Das stilgerecht illustrierte Duodezbandchen hält sich strikt an sein Thema und wartet mit einer Fülle lustiger Sticheleien und brillanter Geistesfunken von Berliner Professoren namentlich aus der Biedermeierzeit (die bald nach der Gründung der Friedrich-Wilhelms-Universität um deren Leuchten einen stattlichen Anekdotenkrantz flocht und weil jede ordentliche Geschichte ganz von vorn beginnt) sowie aus den ersten Dezennien unseres Jahrhunderts auf (als der Editor selber Ohrenzeuge vieler humoriger Sentenzen und Wortgefechte war). Dabei werden alle Fakultäten und Fachrichtungen der Reihe nach ohne jede Schonung in einer Art durchgenommen, die dem Kenner der Sozialliteratur profaneren Zuschnitts besonders aus Karl Marx' Theorie der parasitären Einkommensbildung im Gedächtnis und Gefühl zu sein pflegt. Zwischen Philosophen und Pädagogen, Theologen, Juristen, Kunstgelehrten, Philologen, Historikern, Medizinern, Naturwissenschaftlern und Mathematikern nehmen sich die Nationalökonom Richard Boeckh, Adolf Damaschke, Eugen Dühring, Gustav Schmoller, Max Sering, Werner Sombart, Albrecht Thaer, Adolph Wagner und Max Weber in der Treffsicherheit und Eleganz ihrer fachlich verbrämten Schnurren und Seitenhiebe auf Kollegen und andere Widersacher stolz und würdig für unsere Disziplin aus. Es erweist sich zur Genüge, daß die gar oft als „dismal science“ geschmähte Volkswirtschaftslehre auch zur fröhlichen Wissenschaft werden kann, sei es durch die Umrüstung des Gelehrtenstreits auf die Waffen des Witzes oder durch die doppelschneidige Scheinlogik spitzfindig zurechtgebogener Argumente, die den Gegner hinterrücks treffen, auch wenn sie am Kern der Debatte vorbeigehen. Derlei Widersprüche, Kunstfehler und dialektische Entgleisungen bilden sozusagen den metaphysischen Urquell des Gelehrtenhumors, und der besinnliche und wohlmeinende Leser stellt mit Jean Cocteau wieder einmal fest, daß Fehler nicht selten geheimnisvolle Einfälle sind und den Entdeckungen der Poeten gleichen.

Antonio Montaner, Mainz